

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

328 a

Wien, am 1. Dezember 1936.

Das Aussetzen von Weingärten in Wien.

Unter den Wiener Weinbautreibenden ist vielfach die Meinung verbreitet, dass in den sogenannten A-Rieden (geschlossenes Weinbaugebiet) das Aussetzen von Weingärten ohne Bewilligung gestattet ist. Demgegenüber stellt die Wiener Landwirtschaftskammer fest, dass für die nächste Auspflanzperiode für das ganze Wiener Weinbaugebiet eine Bewilligung der Wiener Landwirtschaftskammer notwendig ist. Dies gilt nicht nur für ganze Weingartenparzellen, sondern auch für das Aussetzen von Parzellenteilen. Ohne Bewilligung ist nur das ergänzungsweise Nachpflanzen einzelner Stöcke erlaubt.

Gesetzblatt der Stadt Wien.

Das am 28. November d. J. ausgegebene 20. Stück des Gesetzblattes der Stadt Wien, Jahrgang 1936, enthält die Verordnung des Bürgermeisters vom 18. November d. J. betreffend die Verlegung von Markttagen und Marktstunden auf dem Wiener Zentralviehmarkt in St. Marx im Jahre 1937, die Verordnung des Bürgermeisters vom 24. November d. J. betreffend die Festsetzung des Weinbaugebietes und die Kundmachung des Bürgermeisters vom 25. November d. J. betreffend die zur Unterfertigung von Verpflichtungsurkunden der Stadt Wien berechtigten Personen.

Aus der offenen Fürsorge der Stadt Wien.

Im September dieses Jahres verausgabte die Stadt Wien für Erhaltungsbeiträge und für Aushilfen zusammen 1.509.995 Schilling. 53.294 Personen erhielten Erhaltungsbeiträge, 26.241 Personen wurden mit Aushilfen beteiligt. Ferner standen im Berichtsmonate 41.959 Personen im Genusse eines Pflegebeitrages und 5.030 Personen im Genusse eines Pflegegeldes. Ausserdem wurden noch 28.208 Lebensmittelpakete von der Stadt Wien an Bedürftige ausgegeben. Diese drei Zweige der offenen Fürsorge beanspruchten den Betrag von 676.485 Schilling. Insgesamt hat die Stadt Wien für diesen Teil der Fürsorge allein im vergangenen September nicht weniger als 2.186.480 Schilling ausgegeben.

Neben dieser Fürsorge für Erwachsene erhielten im September bei der sogenannten Mittagsauspeisung 2.982 Kindergartenkinder, 1.411 Hortkinder und 5.466 Schulkinder zusammen 252.734 Speiseportionen. Bemerkenswert ist, dass von den 5.466 Schulkindern nicht weniger als 5.279 an dem Mittagstisch vollkommen unentgeltlich teilnahmen.

Haushaltungsschule der Stadt Wien.

An der Haushaltungsschule der Stadt Wien beginnt am 15. Dezember ein neuer Bäckereikurs. Anmeldungen in der Schulkanzlei, 6., Brückengasse 3, Fernruf B 25-4-19.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 329
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 2. Dezember 1936.

Veränderungen im Arbeitsnachweis der Stadt Wien.

Die Abteilung für gelernte Arbeiter und Arbeiterinnen sowie für Angestellte des allgemeinen öffentlichen Arbeitsnachweises der Stadt Wien, 6., Mollardgasse 8, ist mit 30. November d. J. aufgelassen worden. Die Abteilung für ungelernte Arbeiter und Arbeiterinnen, Chauffeure, Kutscher und Gärtner überiedelt am 5. d. von der Josefstädterstrasse 97 in das Gebäude 6., Mollardgasse 8, Fernruf A 36-5-30, wo die Amtstätigkeit vom 9. d. an unter der Bezeichnung "Arbeitsnachweis der Stadt Wien für ungelernte Arbeiter und Arbeiterinnen" fortgesetzt wird. Ferner ist das Arbeitsamt für das Baugewerbe, 16., Herbststrasse 6-10, mit 1. d. von der Gemeinde Wien übernommen worden und wird mit der Bezeichnung "Arbeitsnachweis der Stadt Wien für das Baugewerbe" weitergeführt. Diese Abteilung ist unter Fernruf U 35-509 zu erreichen. Die Vermittlung von Arbeitskräften erfolgt in beiden Abteilungen vollkommen kostenlos.

Absperrung der Franzensbrücke.

Wegen Pflasterungsarbeiten auf der Franzensbrücke wird der Fuhrwerksverkehr in der Richtung vom Praterstern zur Radetzkystrasse in der Nacht von Donnerstag auf Freitag und in der Nacht von Freitag auf Samstag von 22 Uhr bis 6 Uhr über die Aspernbrücke abgelenkt.

Mietzinszuschüsse der Stadt Wien.

Der Wiener Magistrat hat im November an 726 Parteien in 110 Häusern an Beiträgen zu den Kosten von Instandhaltungsarbeiten an Wohngebäuden 7.783 Schilling bewilligt. Für die ersten 11 Monate des heurigen Jahres sind an 3.195 Parteien in 508 Häusern Monatsbeiträge in der Gesamthöhe von 36.945 Schilling gewährt worden.

Filmvorführungsstelle der Stadt Wien.

Bei der Filmvorführungsstelle des Besonderen Stadtamtes II wurden in der letzten Woche 32 Filme, darunter 6 Grossfilme, zur Begutachtung vorgeführt, die alle die Vorführungsbewilligung erhielten. 15 Filme wurden auch zur Vorführung vor Jugendlichen, die das 16. Lebensjahr noch nicht erreicht haben, zugelassen, unter diesen die Grossfilme "Der G'wissenswurm", "Hasard" und "Ernte".

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 330
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Ausgabe.

Wien, am 2. Dezember 1936.

Der Bericht des Kontrollamtes der Stadt Wien über das Verwaltungsjahr 1935.

Der zusammenfassende Bericht des Kontrollamtes der bundesunmittelbaren Stadt Wien über die Wahrnehmungen im Verwaltungsjahr 1935 vermittelt einen aufschlussreichen Ueberblick über die weitverzweigte Tätigkeit dieses Amtes. Der Kontrollbereich erstreckte sich im Jahre 1935 auf 77 Dienststellen des Magistrates, auf die 6 städtischen Unternehmungen (Strassenbahnen, Elektrizitätswerke, Gaswerke, Brauhaus, Leichenbestattung und Ankündigungsunternehmung), auf die 4 städtischen Anstalten mit eigenem Statut (Zentralsparkasse, Kreditverein der Zentralsparkasse, Wiener Hypotheken-Anstalt und Versicherungsanstalt) und auf 36 Unternehmungen mit eigener Rechtspersönlichkeit (gemischtwirtschaftliche Unternehmungen), an denen die Stadt Wien finanziell beteiligt ist.

Ausserhalb des in der Stadtordnung vorgesehenen Wirkungskreises übt das Kontrollamt überdies die Gebarungs- und Rechnungskontrolle bei folgenden Stellen aus: Fortbildungsschulrat für Wien, Wiener Jugendhilfswerk, Verein "Jugend in Arbeit" und Aktion "Winterhilfe der Stadt Wien". Zu Beginn des Jahres 1936 kamen noch der Gewerbeverband der Stadt Wien und die Wiener Zünfte sowie die Wiener Landwirtschaftskammer hinzu.

Kontrolle der Stadtgebahrung.

Im allgemeinen Teil dieses Abschnittes wird darauf hingewiesen, dass die Kassenanweisungen und Rechnungen nach ihrem Vollzug täglich vom Kontrollamt einer Ueberprüfung unterzogen werden, wobei allfällige Mängel geringfügiger Art sofort ihrer Bereinigung zugeführt werden. Hinsichtlich der Rechnungen über technische Leistungen und ihrer Nachprüfung durch eine eigene Kollaudierungsabteilung des Rechnungsdienstes empfahl das Kontrollamt den bisherigen Kollaudierungsdienst aufzulassen und seine Agenden in die Fachrechnungsabteilungen und Betriebsbuchhaltungen einzugliedern.

Eine seinerzeitige Anregung des Kontrollamtes auf Ueberprüfung der Angemessenheit der Dienstzulagen fand durch die ab 1. Jänner 1936 eingetretene Kürzung der Ueberstundengebühren und Pauschalien um 12,5 Prozent ihre Erledigung.

Auf dem Gebiete des Schulwesens bespricht das Kontrollamt die Gebarungsvorgänge bei der Aufnahme auswärtiger Schulkinder in Wiener Schulen und die in solchen Fällen bestehende Zahlungspflicht. Eine weitere Ueberprüfung befasste sich mit den Einnahmerückgängen an Verwaltungsabgaben bei den Inspektionsbezirken des Stadtschulrates.

Im Abschnitt "Finanzamt" stellt der Bericht bei den Abgaben eine Reihe von kleineren Mängeln bei der Bemessung, bei der Kontenführung, bei der Abrechnungslegung, bei der Herbeibringung von Rückständen etc. fest und stellte Einsparungen auf personalwirtschaftlichem Gebiet zur Erwägung.

Die vom Kontrollamt angeregte Ergänzung des Hauptinventars der Stadt Wien wurde weiter fortgeführt.

Eingehend beschäftigt sich der ^{Bericht} mit dem Wohlfahrtswesen, das im Jahre 1935 einen Gesamtnotaufwand von rund 97 Millionen Schilling verursacht hat. Beim Kapitel "Sozialpolitik" erwähnt der Bericht, dass der Schutz kinderreicher Familien im Jahre 1935 erstmalig als eigener Fürsorgezweig der Stadt Wien aufscheint, der sich über den Rahmen der Armenpflege hinaus auf Zuwendungen an bedürftige Familien, in deren Haushalt mindestens 4 unversorgte eheliche Kinder leben, erstreckt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt.

Wien, am _____

Die Überprüfung der Gebarung der Aktion Wiener Winterhilfe 1934/35 die nach dem Winterhilfestatut der Bundesregierung im Winter 1934/35 erstmalig von einem Winterhilfekomitee der Stadt Wien durchgeführt wurde, wobei der Magistrat mit der Geschäftsführung betraut war, bot dem Kontrollamt Anlass zu verschiedenen Anregungen im Interesse einer übersichtlichen Organisation.

Hinsichtlich der von der Stadt Wien betriebenen Wohlfahrtsanstalten erachtete es das Kontrollamt auf Grund der Erfolgsziffern des Rechnungsabschlusses 1935 für angezigt, auf das wirtschaftliche Bild einzelner Anstalten hinzuweisen, das, mitbedingt durch die Belagsverhältnisse, dazu drängt, im finanziellen Interesse der Stadt Wien nach geeigneten Massnahmen für eine günstigere Gestaltung zu suchen. Einen weiten Rahmen nimmt die Besprechung der Verpflegskostengebarung ein. Besonders erwähnenswert erscheint die Feststellung, dass Verpflegsgebühren für Ausländer mangels entsprechende zwischenstaatlicher Vereinbarungen bei Zahlungsunfähigkeit des Patienten überhaupt uneinbringlich werden.

Bei den übrigen Geschäftsgruppen des Magistrates werden zahlreiche Anregungen auf Vereinfachungen in der Gebarungsabwicklung sowie auf Erhöhung der Gebarungssicherheit und Steigerung der Wirtschaftlichkeit gegeben.

An wichtigen Wahrnehmungen in diesen Gruppen seien folgende hervorgehoben:

Bei der Wohnhäuserverwaltung wurde auf die Notwendigkeit von Massnahmen für die raschere Hereinbringung von Mietzinstückständen hingewiesen. Bei der Amts- und Schulhäuserverwaltung wurden einzelne bedingungswidrige Arbeitsausführungen festgestellt. Beim städtischen Fuhrwerksbetrieb warf das Kontrollamt die Frage der Stilllegung einer Sanitätsstation sowie von Ersparungsmöglichkeiten in personeller Hinsicht und Fuhrwerkskosten auf. Beim Betrieb Wasserversorgung lenkte das Kontrollamt die Aufmerksamkeit des Magistrates darauf, dass dieser Betrieb zum Teile höhere Preise für Materialanschaffungen bezahlte als die städtischen zentralen Beschaffungsstellen. Der Aufgabenkreis des Betriebes Baustoffbeschaffung wurde schrittweise erweitert.

Die im Jahre 1934 eingetretene leise Besserung der finanziellen Lage der städtischen Lagerhäuser erfuhr im Jahre 1935 infolge des schlechten Geschäftsganges einen Rückschlag, da die Lagerbestände im September 1935 einen bisher noch nicht verzeichneten Tiefstand erreichten, so dass sich das Kontrollamt veranlasst sah, neuerdings Sparmassnahmen, insbesondere in personalwirtschaftlicher Hinsicht zu empfehlen. Infolge der günstigen Wasserstandsverhältnisse in den letzten Monaten des Jahres 1935 trat dann eine Verkehrsbelebung und Auffüllung der Lager ein, so dass mit Ende des Jahres 1935 die Herstellung des finanziellen Gleichgewichtes erreicht werden konnte. Nichtsdestoweniger erfordert die auch derzeitige wirtschaftliche Lage der städtischen Lagerhäuser eine äusserst sparsame Betriebsführung.

Sonstige Kontrollaufgaben des Kontrollamtes.

Unter den Ausführungen über die in diesem Abschnitt besprochenen städtischen Unternehmungen und Anstalten nehmen die Erörterungen über die städtischen Strassenbahnen den weitesten Raum ein. Das Kontrollamt weist

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt

Wien, am.....

.....

darauf hin, dass die finanzielle Lage dieses Unternehmens im Vergleich zu jener der andern städtischen Unternehmungen minder günstig ist, so dass auf die dringende Notwendigkeit gründlicher Sanierungsmaßnahmen verwiesen wurde. Die vom Kontrollamt im Laufe des Jahres 1935 gegebenen verschiedenen Anregungen hatten gleichfalls grösstenteils Einsparungen zum Ziele. Zur Gebarung der Zentralsparkasse stellt das Kontrollamt fest, dass die bisher anhaltende weitere Aufwärtsentwicklung des Geschäftsganges der Anstalt auch für das Jahr 1936 einen günstigen Jahresabschluss erwarten lasse. Auch die finanzielle Lage des Kreditvereines der Zentralsparkasse sowie der städtischen Versicherungsanstalt kann als befriedigend bezeichnet werden.

Die Ausführungen des Berichtes zeigen das vielseitige und unablässige, auf möglichste Wirtschaftlichkeit und Gebarungssicherheit im Stadthaushalt abzielende Wirken des Kontrollamtes der Stadt Wien.

.....

Freie Arztstelle.

Im Versorgungsheim der Stadt Wien in Lainz ist an der Geistes-
sickenabteilung die Stelle eines Abteilungsvorstandes zu besetzen. Die
Voraussetzungen der Anstellung sind die österreichische Bundesbürgerschaft,
ein Alter unter 40 Jahren, das Doktorat der gesamten Heilkunde, eine min-
destens zweijährige Praxis als Spitalsarzt nach Erlangung des Doktorgrade
und eine mehrjährige fachärztliche Ausbildung. Die Dienstverpflichtung
beträgt 40 Stunden in der Woche; die Ausübung der ärztlichen Privatpraxis
ist gestattet. Nach dreijähriger zufriedenstellender Dienstleistung wird
die Anstellung definitiv. Gesuche um diese Stelle sind mit der Geschäfts-
zahl M.D.P. 4714/36 zu versehen, mit den Personaldokumenten und Verwen-
dungszeugnissen zu belegen und bis 15. d. bei der Personalgruppe der Ma-
gistratsdirektion im Rathaus einzubringen.

.....

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 331
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 3. Dezember 1936.

Aufnahme der Budgetberatungen im Wiener Haushaltausschuss.

Der Haushaltausschuss der Wiener Bürgerschaft begann Mittwoch abend unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Richard Schmitz und des Vizebürgermeisters Lahr mit der Beratung des Voranschlags der Stadt Wien und der Wirtschaftspläne der städtischen Unternehmungen für das Jahr 1937, des Rechnungsabschlusses der Stadt Wien und der Bilanzen der städtischen Unternehmungen für das Jahr 1935 sowie des Berichtes des Rechnungshofes und des Kontrollamtes zum Rechnungsabschluss und zu den Bilanzen der städtischen Unternehmungen.

Der stellvertretende Leiter des Finanzamtes Senatsrat Dr. Leppa leitete die Verhandlungen mit einer Darstellung der einzelnen Posten und Ansätze des Kapitels "Finanzamt" ein, worauf in der zugleich mit der Spezialdebatte über dieses Kapitel abgeführten Generaldebatte fast sämtliche Mitglieder des Ausschusses vor allem zum Voranschlag für das Jahr 1937 Stellung nahmen. Im Mittelpunkt der Generaldebatte stand die Frage der Arbeitsbeschaffung durch die Stadt Wien.

Rat Dr. Ing. Hengl besprach den Wunsch der Wiener Gärtner und Landwirte nach Schaffung eines Wiener Zentral-Obst- und Gemüsemarktes und wandte sich mit grossem Nachdruck gegen den Vorschlag eines Mitgliedes des Bundeswirtschaftsrates zur Staffelung der Weinsteuer. Dr. Hengl erklärte, dass eine derartige Massnahme für den Qualitätsweinbau von katastrophalen Folgen wäre. Die Wiener Weinbautreibenden zum Beispiel, die heute 120.000 Schilling Weinsteuer zahlen, müssten, wenn der Voranschlag Gesetz würde, 650.000 Schilling entrichten. Diese ungeheuerliche Belastung müsste den Qualitätsweinbau ruinieren.

Rat Ing. Petravic beschäftigte sich eingehend mit der Frage der Arbeitsbeschaffung für die Industrie und im besonderen mit der grundsätzlichen Frage, ob in einer wirtschaftlichen Notzeit die Erhaltung des Finanzgleichgewichtes im Haushalt einer öffentlichen Körperschaft wirtschaftsbefruchtenden Massnahmen voranzusetzen sei. Der Redner gab der Meinung Ausdruck, dass die verantwortlichen Stellen nicht zu ängstlich auf die Erhaltung des Budgetgleichgewichtes achten, sondern vielmehr der initialen Förderung der Wirtschaft auf allen Gebieten Rechnung tragen sollen. Die Grossindustrie benötige dringend ein weitreichendes Investitionsprogramm, das ihr eine gesicherte Geschäftstätigkeit auf mehrere Jahre hinaus sichere. Dazu sei die Heranziehung des Finanzkapitales notwendig.

Frau Rat Dr. Motzko stellt fest, dass die Frage der Arbeitsbeschaffung nicht allein die Stadt Wien berühre, sondern alle anderen Faktoren, die in ihrer Macht und Gewalt über die Stadt Wien hinausreichen, sich damit eingehend befassen müssen. Die Stadtverwaltung habe zweifellos hier vorbildlich gewirkt, sie bedürfe aber der Unterstützung durch die Bundesregierung. Die Rednerin beschäftigte sich mit den verschiedenen Versuchen der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und erklärt, dass bei diesem schwierigen Problem ein über die vernünftigen Grenzen hinausreichender Zwang sich schädlich auswirken müsse. Die Stadt Wien habe so ziemlich alle Mittel ausgeschöpft und alle gangbaren Wege begangen.

Rat Dr. Foglar-Deinhardstein verweist einleitend darauf, dass der Voranschlag 1937 das Bild einer starken Anspannung zeige. Auch er sei der Meinung, dass die Arbeitsbeschaffung derzeit das schwierigste und vordringlichste soziale Problem sei. In dem meisten Ländern bestehe ein Streit darüber, was wichtiger sei, die Arbeitsbeschaffung um jeden Preis vorwärtszu-

RATHAUSKORRESPONDENZ

II. Blatt

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am

treiben oder auf eine geordnete Finanzwirtschaft zu achten. Ich bekenne mich zu den Grundsätzen einer geordneten Finanzverwaltung und glaube nicht, dass an der Ausgeglichenheit des Budgets gerüttelt werden dürfe. Die Stadt Wien habe mehr als einen Anfang einer Ankurbelung der Wirtschaft gemacht. Ich glaube nicht, dass wir ein grosses Risiko auf uns nehmen dürfen, wenn es sich um die Finanzen der Stadt Wien handelt.

Rat Ing. Herrmann anerkennt ebenfalls die städtische Arbeitsbeschaffung und hebt hervor, dass der Gewerbebund gemeinsam mit der Innung der Baumeister, der Baugewerbezunft und anderen technischen Korporationen mit der Aufstellung eines Arbeitsbeschaffungsprogrammes beschäftigt sei, das ohne Subvention durch den Bund oder die Stadt Wien durchgeführt werden solle. Nach Abschluss der Beratungen werde das Programm den zuständigen Stellen vorgelegt werden.

Rat Gräf erklärt, dass auch unter der Arbeiterschaft die Meinung vorherrsche, um jeden Preis Arbeit zu beschaffen. Alle verantwortlichen Stellen müssen sich bewusst sein, dass in erster Linie die Ruhe und Ordnung aufrechterhalten werden müsse. Dazu bedürfe es eines grosszügigen Arbeitsbeschaffungsprogrammes.

Die Generaldebatte abschliessend, nahm Bürgermeister Richard Schmitz zu den verschiedenen Problemen der Arbeitsbeschaffung Stellung. Er hob hervor, dass bei der Finanzierung der Arbeitsbeschaffung der feste Boden einer gesunden Finanzwirtschaft nicht verlassen werden dürfe. Unsere Politik der öffentlichen Finanzverwaltung und Ordnung sei bisher erfolgreich gewesen. Sie habe dazu geführt, dass das eigene Sparkapital sich in erfreulicher Weise neu bilde und das fremde Kapital sich in einem immerhin erheblichen und steigenden Ausmasse in Oesterreich nun niederzulassen beginne. Diese beiden Tatsachen seien Zeichen von wachsendem Vertrauen, dieses sei eine der ersten Voraussetzungen für eine dauernde wirksame Konjunktur. Kein künstliche Konstruktion - und wäre sie noch so geistreich und wohlwollend - könne diese Faktoren ersetzen. Werde das Vertrauen erschüttert, dann beginne eine Krise des Kreditapparates und damit wieder eine böse Etappe in der wirtschaftsgeschichtlichen Entwicklung. Ich glaube daher, dass wir die Grenzen der Ueberschreitung des Vertrauens erschüttern könnte, streng beachten müssen und dass wir nicht darüber hinaus gehen sollen. Oesterreich habe nach dem Kriege eine Aufgabe gehabt wie kein anderes Land. Galt es doch, aus einer blutleeren Gebilde, wie damals die Wirtschaft war, wieder einen lebenden Organismus zu schaffen. Dass Oesterreich diese geschichtliche Grosstat zustande gebracht habe, sei der stärkste Beweis für seine innere Lebenskraft, aber auch ein Grund dafür, dass wir trotz der Schwierigkeiten, die heute zum grösstenteil noch aus dieser schweren Zeit stammen, mit festem Vertrauen und gerechtem Selbstbewusstsein in die Zukunft blicken dürfen.

Freie Arztstelle.

In der Heil- und Pflegeanstalt der Stadt Wien "Am Steinhof" ist an der Pflegeanstalt für Frauen die Stelle eines Abteilungsvorstandes zu besetzen. Voraussetzungen der Anstellung sind die österreichische Bundesbürgerschaft, ein Alter unter 40 Jahren, das Doktorat der gesamten Heilkunde, eine mindestens zweijährige Praxis als Spitalsarzt nach Erlangung des Doktorgrades und eine mehrjährige fachärztliche Ausbildung in der Psychiatrie. Die Dienstverpflichtung beträgt 40 Stunden in der Woche; die Ausübung der ärztlichen Privatpraxis ist gestattet. Nach dreijähriger zufriedenstellender Dienstleistung wird die Anstellung definitiv. Gesuche um diese Stelle sind mit der Geschäftszahl M.D.P. 4715/36 zu versehen, mit den Personaldokumenten und Verwendungszeugnissen zu belegen und bis 15. Dezember d. J. bei der Personalgruppe der Magistratsdirektion im Rathaus einzubringen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 332
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 4. Dezember 1936

Die Budgetberatungen im Rathaus.

Der Haushaltausschuss setzte Donnerstag abend unter dem Vorsitz der Vizebürgermeister Lahr und Dr. Kresse die Spezialdebatte über den Voranschlag der Stadt Wien und die Wirtschaftspläne der städtischen Unternehmungen für das Jahr 1937, den Rechnungsabschluss der Stadt Wien und die Bilanzen der städtischen Unternehmungen für das Jahr 1936 sowie den Bericht des Rechnungshofes und des Kontrollamtes zum Rechnungsabschluss und zu den Bilanzen der städtischen Unternehmungen fort.

Über das Kapitel "Allgemeine Verwaltung" referierten die Oberse-natsräte Dr. Fenzl und Dr. Hornek sowie Senatsrat Dr. Schindler. Die Berichte besagen, dass der gesamte Personalaufwand für das Jahr 1937 mit 145,040.820 Schilling veranschlagt ist, wovon 98,559,640 Schilling auf die Aktivbezüge und 46,481.180 Schilling auf die Pensionsbezüge entfallen. Für das Jahr 1936 waren 144,283.250 Schilling veranschlagt, und zwar 98,584.080 Schilling für Aktivbezüge und 45,699.170 Schilling für Pensionsbezüge. Die Aktivbezüge halten sich somit trotz der schemamässigen Vorrückungen auf fast gleicher Höhe, während die Pensionen um rund 1,75 Prozent höher angesetzt sind, der ziffermässige Ausdruck für das Bestreben der Stadtverwaltung, die Aktion der Verjüngung des Personalos nach der finanziellen Möglichkeit fortzuführen. Am 1. August d. J. betrug die Zahl der aktiven Angestellten 22.401 Personen, die der Pensionsparteien 13.300 Personen. Unter den aktiven Angestellten befinden sich 105 Aspiranten und 443 Hilfslehrer.

Von den in dieses Kapitel fallenden besonderen Verwaltungszweigen ist hervorzuheben, dass für die Fremdenverkehrsförderung für das Jahr 1937 520.000 Schilling vorgesehen sind, um 100.000 Schilling mehr als im Voranschlag 1936. Im Voranschlag 1937 sind ferner zum erstenmal die Ausgaben für die am 1. August d. J. in die Verwaltung der Stadt übernommenen 53 Arbeiterbüchereien in der Höhe von 188.000 Schilling enthalten, denen an Einnahmen für verschiedene Gebühren 119.000 Schilling gegenüberstehen. Eine neue Ausgabepost ist auch der Wehrbeitrag in der Höhe von rund 6,8 Millionen Schilling. Ferner ist für die Beteiligung der Stadt Wien an der Internationalen Ausstellung in Paris "Kunst und Technik im modernen Leben" der Betrag von 50.000 Schilling vorgesehen.

Frau Rat Dr. Motzko anerkennt den sozialen Charakter der städtischen Personalpolitik und spricht dann zur Frage der Einbürgerungen, mit der sich auch die Räte Waldsam und Ing. Petravic beschäftigen. Rat Rechberger verweist auf die Bedeutung der Arbeiterbüchereien und ersucht um möglichst entgegenkommende Haltung der Verwaltung in allen die Arbeiterbüchereien betreffenden Fragen. Rat Dr. Foglar-Deinhardstein begrüsst die Fortschritte der Fremdenverkehrswerbung und wünscht ebenso wie Rat Dr. Ing. Hengl eine stärkere Werbung in den Bundesländern. Darüber spricht auch Vizebürgermeister Dr. Kresse, der insbesondere die innige Zusammenarbeit der Fremdenverkehrsstelle der Stadt Wien mit ^{allen} anderen Stellen hervorhebt.

Der Berichterstatter über das Kapitel "Wohlfahrtsamt" Obersenatsrat Dr. Maly führt unter anderem aus, dass hierfür Ausgaben von 98,499.390

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am 11. Dezember 1936

Schilling vorgesehen sind. Hierzu kommen aus der laufenden Gebarung der anderen Hauptstücke für den allgemeinen Aufwand der mit Wohlfahrtsagenden betrauten Abteilungen noch 12,312.240 Schilling, so dass sich ein Wohlfahrts-etat von zusammen 110,811.630 Schilling ergibt. Die Erhöhung gegenüber dem Voranschlag 1936 beträgt 2,373.480 Schilling, ein Zeichen für das Ansteigen der an die Stadtverwaltung herantretenden Fürsorgebedürfnisse und ein Beweis für das Bemühen der Stadtverwaltung, die gerechtfertigten **Anforderungen der Wohlfahrtspflege** nach Möglichkeit zu befriedigen.

Der Referent verweist auf das stets wachsende Geburtendefizit und hebt im Zusammenhang damit vor allem die grosse Bedeutung der Familienfürsorge hervor, die nunmehr in der städtischen Wohlfahrtspflege einen breiten Raum einnimmt. Während im Jahre 1910 auf 1.000 Einwohner Wiens noch 30 1/2 Lebendgeburten entfielen, waren es im vergangenen Jahre nur mehr 6 1/4. In der sogenannten offenen Fürsorge nimmt die Zahl der Erhaltungsbeiträge infolge der Ueberalterung der Bevölkerung und der Neuregelung auf dem Gebiete der Sozialversicherung und der Arbeitslosenfürsorge von Jahr zu Jahr zu. Im Jahre 1930 gab es in Wien 42.060 Personen, die einen Erhaltungsbeitrag bezogen. In den folgenden Jahren waren es 42.406, 42.432, 44.117, 49.710, 52.907 und am 30. Oktober d. J. nicht weniger als 53.506. Bemerkenswert ist vor allem, dass rund ein Fünftel der Wiener Bevölkerung irgendwie mit der öffentlichen Fürsorge im Zusammenhang steht. Bei der Jugendfürsorge ist erwähnenswert, dass die Zahl der Kinder, für die die Stadt einen Pflegebeitrag gibt, trotz des Geburtenrückganges von 22.473 im Jahre 1931 auf 41.502 im heurigen Oktober angestiegen ist, ein Zeichen für die Hilfsbedürftigkeit breiter Volksschichten sowohl wie für das kein tragbares Opfer scheuende Bemühen der Stadtverwaltung, der Jugend zu helfen.

Der Berichterstatter teilt auch mit, dass das neue Frauen-Obdachlosenheim voraussichtlich im Frühjahr eröffnet werden wird. Der Belagraum der neuen Anstalt wird vorläufig mit 500 Betten festgesetzt. Das neue Heim, das "Herberge der Stadt Wien für Frauen, Mädchen und Mütter" heissen wird, wird ein aus 30 Zimmern bestehendes Mütterheim, eine Kinderkrippe und eine Kindergarten- sowie Hortabteilung enthalten. Durch das Mutterschutzwerk der V. F. soll auch eine Mutterrunde eingeführt werden.

In der Aussprache über dieses wichtige Kapitel bemerkt Rat Diestler, dass die Ausgaben für das Wohlfahrtswesen als Gradmesser für die Wirtschaft anzusehen seien. Frau Rat Dr. Motzko begrüsst es, dass das Wohlfahrtswesen der neuen Verwaltung eindeutig auf den Wiederaufbau der Familie eingestellt ist. Rat Dr. Ing. Hengl erörtert Fragen der Gräberausschmückung, Rat Waldsam begrüsst die Neuordnung der Arbeitsnachweise und Rat Rechnberger ersucht, der Unterbringung von Arbeitslosen aus kinderreichen Familien entweder bei der Hohenstaufverwaltung oder bei den Unternehmungen ein besonderes Augenmerk zu widmen. Rat Dr. Foglar-Doinhardstein beschäftigt sich mit der Bettlerplage, verweist auf das oberösterreichische Bettlerlager und auf die vor kurzem durchgeführte Aktion der Budapest Stadtverwaltung gegen das Bettlerunwesen und hält ein energischeres Vorgehen aller zuständigen Behörden in dieser Frage schon im Interesse des Fremdenverkehrs für sehr wünschenswert. Als letzter Debattenehner beschäftigt sich Rat Ing. Petravie mit den überaus zahlreichen Wohltätigkeitssammlungen und regt die Schaffung einer zentralen Sammlungsstelle an.

Die Beratungen werden Mittwoch fortgesetzt.

.....

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 333
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 5. Dezember 1936.

Wiener Winterhilfe.

Vom 9. bis einschliesslich 19. d. findet in den Fürsorgeämtern die erstmalige Ausgabe von Lebensmittelanweisungen der Wiener Winterhilfe statt. Bewerben können sich die Fürsorgebuchinhaber der Gruppen A, B und C. Personen, die bei der Winterhilfe bereits Speiseanweisungen erhalten haben, kommen bei dieser Lebensmittelausgabe nicht in Betracht. Die Ausgabe der Anweisungen findet nach den Anfangsbuchstaben des Familiennamens an den nachfolgenden Tagen im Fürsorgeamte des Wohnbezirkes während der hiefür vorgesehenen Parteienstunden statt: A, C und D am 9., E und F am 10., B am 11., G und H am 12., I, J und K am 14., L und M am 15., N, O, P, Q und R am 16., S und Sch am 17., St, T, U und V am 18. und W, X, Y und Z am 19. d. Mitzubringen sind das Fürsorgebuch, ein Personaldokument, der Arbeitslosen-Nachweis aller im Fürsorgebuch eingetragenen eigenberechtigten Personen und der polizeiliche Meldenachweis. Die Anweisungen können in den Abgabestellen der Wiener Winterhilfe, die durch Tafeln gekennzeichnet sind, eingelöst werden.

Kleidersammlung durch das Bundesheer.

Vom 9. bis einschliesslich 15. d. findet wie in den Vorjahren eine Kleidersammlung zugunsten der Wiener Winterhilfe statt. Sie erfolgt mit Unterstützung des Bundesministeriums für Landesverteidigung, das die Mannschaftspersonen und Fuhrwerke beistellt. Die Aktion wird bezirksweise durchgeführt, und zwar am 9. d. im 3., 4., 5. und 11. Bezirk, am 10. d. im 10., 12. und 13. Bezirk, am 11. d. im 1., 9., 18. und 19. Bezirk, am 12. d. im 7., 8., 16. und 17. Bezirk, am 14. d. im 2., 20. und 21. Bezirk und am 15. d. im 6., 14. und 15. Bezirk.

Ausserdem findet im Dezember eine Sammlung von altem Hausrat, insbesondere Möbelstücken, Einrichtungsgegenständen und dergleichen, deren sich der Eigentümer entäussern will, statt. Der Bevölkerung Wiens ist hiedurch Gelegenheit geboten, nicht nur der vorgesehenen gesetzlichen Verpflichtung zur Entrümpelung der Dachböden freiwillig nachzukommen, sondern auch das traurige Los des bedürftigen Mitbürgers während der kalten Jahreszeit lindern zu helfen.

Zur Feststellung über den Umfang dieser Aktion werden in jedem Wohnhause Sammellisten aufgelegt, in denen die Wohnparteien die der Winterhilfe zugedachten Gegenstände bekanntgeben können. Die Abholung wird durch die Bezirksvertretung nach vorheriger Bekanntgabe des Tages veranlasst.

An die Bewohner Wiens wird die dringende Bitte gerichtet, alle entbehrlichen Gebrauchsgegenstände dem Hilfswerk zur Verfügung stellen zu wollen. Die Spenden werden ausschliesslich Wohlfahrtszwecken zugeführt.

Strassenbahnfahrpreis am Dienstag.

Auf der Strassenbahn und Stadtbahn gilt am Dienstag (Maria Empfängnis) der Sonntagsfahrpreis. Die Frühfahrtscheine, Hin- und Rückfahrtscheine, Wochenkarten sowie der Kleinzonen- und Kurzstreckentarif haben keine Gültigkeit. Hingegen gelten die Sonn- und Feiertagsfahrtscheine zu 64 Groschen im Tarifgebiet I während der ganzen Betriebsdauer, nur muss die erste Fahrt bis 17 Uhr angetreten werden. Die kombinierten Sonn- und Feiertags-Rückfahrtscheine für die Strassenbahn und Bundesbahn gelten während der ganzen Betriebszeit, doch ist die Rückfahrt nur am Tage der Ausgabe erlaubt und nicht erst am zweiten Tag.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am.....

Der Autobusbetrieb durch die Inner. Stadt ist eingestellt. Betriebslinien werden nur die Autobuslinien auf den Kahlenberg, nach Salmansdorf, zum Döblinger Friedhof von 12 Uhr 30 bis 15 Uhr 30 und die Sonntagslinie P (Hietzing-Stephansplatz-Praterstern) von 14 Uhr bis 19 Uhr 30.

Freie Arztstelle.

In der Heil- und Pflegeanstalt Ybbs a. d. Donau der Stadt Wien ist die Stelle eines Direktors (leitenden Primararztes) zu besetzen. Voraussetzungen der Anstellung sind die österreichische Bundesbürgerschaft, ein Alter unter 40 Jahren, das Doktorat der gesamten Heilkunde, eine mindestens zweijährige Praxis als Spitalsarzt nach Erlangung des Doktorgrades und eine mehrjährige fachärztliche Ausbildung in der Psychiatrie. Die Dienstverpflichtung beträgt 40 Stunden in der Woche; die Ausübung der ärztlichen Privatpraxis ist gestattet. Nach dreijähriger zufriedenstellender Dienstleistung wird die Anstellung definitiv. Gesuche um diese Stelle sind mit der Geschäftszahl M.D.P. 4716/36 zu versehen, mit den Personaldokumenten und Verwendungszeugnissen zu belegen und bis 15. d. bei der Personalgruppe der Magistratsdirektion im Rathause einzubringen.

Gesetzblatt der Stadt Wien.

Das am 5. d. ausgegebene 21. Stück des Gesetzblattes der Stadt Wien, Jahrgang 1936, enthält die Verordnung des Bürgermeisters vom 1. d. betreffend die Arbeit im Gewerbe der Fleischhauer, der Fleischselcher und der Pferdefleischhauer am 26. Dezember 1936 und die Verordnung des Bürgermeisters vom 2. d. betreffend die Bewertung der Sachbezüge für die Angestelltenversicherung der dem Angestelltenversicherungsgesetz (B.G.Bl. Nr. 232/1928) unterliegenden Angestellten, für die Landarbeitervorsicherung und für die gewerbliche Sozialversicherung.

Personalveränderung.

Der Vorstand der Magistratsabteilung für Ernährungswesen und Veterinärrechtsangelegenheiten Obermagistratsrat Anton Hölblinger ist nach Erreichung der Altersgrenze in den Ruhestand getreten. Er hat sich insbesondere in der Kriegszeit um die Approvisionierung Wiens verdient gemacht. Der neue Abteilungsleiter ist der bisherige Vorstand-Stellvertreter Obermagistratsrat Dr. Richard Billig.

Prämierung der schönsten Kleingärten Wiens.

Im Festsaal des Wiener Rathauses fand Donnerstag abend die Ueberreichung der für die schönsten Kleingärten Wiens von der Stadtverwaltung verliehenen Ehrenmedaillen statt. Bürgermeister Richard Schmitz, ein warmer Förderer des Kleingartenwesens, hat wie im Vorjahre die für die Prämierung der schönsten Kleingärten Wiens gewidmeten Ehrenmedaillen verliehen, und zwar 4 goldene, 16 silberne und 35 bronzene Medaillen sowie 27 Ehrendiplome, die den Ausgezeichneten in Vertretung des Bürgermeisters von Vizebürgermeister Dr. Kresse überreicht wurden. Zu der Feier hatten sich unter anderem Präsidialvorstand Obersenatsrat Jiresch, zahlreiche Bezirksvorsteher und die Familienangehörigen der Ausgezeichneten eingefunden; die Kleingarten- und Siedlungsvereine waren durch ihre Obmänner oder deren Stellvertreter vertreten.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt

Wien, am

Obersenatsrat David hob hervor, dass die Stadtverwaltung mit dieser Widmung neuerlich ihr grosses Interesse an der Kleingartenbewegung bekunde und die hohe volkswirtschaftliche, soziale und kulturelle Bedeutung des Kleingartenwesens auch durch eine sichtbare Auszeichnung würdigen wolle.

Vizebürgermeister Dr. Kresse richtete in Vertretung des Bürgermeisters an die Ausgezeichneten eine Ansprache, in der er sagte: "Vom Standpunkt der Hygiene hat jede Grosstadt ein besonderes Interesse daran, dass Menschen, die tagsüber in dumpfen Fabriken und Werkstätten arbeiten oder auf den staubigen Strassen gehen müssen, die notwendige Erholung in Sonne, Licht und Luft finden. Diese Erholung trägt nicht nur zur körperlichen Auffrischung bei, sondern stärkt auch die innerliche Schaffenskraft des Einzelnen. Die Kleingartenbewegung legt um unsere Grosstadt einen herrlichen Kranz von Gärten mit Rosen und Bäumen, ziert und macht sie zur Gartenstadt, die der Fremde so oft bewundert. Die Kleingärtner sind damit auch zu Propagandisten für unseren Fremdenverkehr geworden, der eine der grössten Aktivposten unserer Volkswirtschaft darstellt".

Der Vorsitzende des österreichischen Verbandes der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter, Hofrat Krammer, dankte im Namen der Ausgezeichneten und erklärte, dass diese der Unterstützung und Förderung durch die Stadtverwaltung stets eingedenk sein werden.

Knabenchor Musik in die Jugend.

Die Knabenchorschule Musik in die Jugend trat kürzlich im Festsaal des Rathauses in Anwesenheit des Bürgermeisters, vieler Gäste und der Eltern der Kinder mit einem Vortrag von vier Volksliedern unter der Leitung des Kapellmeisters Burkhart vor die Oeffentlichkeit. Schutzherr dieser neuen Institution ist Bürgermeister Richard Schmitz, Präsident Hofrat Prof. Krasser. Der Verein unterrichtet im zweiten Jahre seines Bestandes bereits 300 Knaben im Alter von 8 bis 10 Jahren unentgeltlich im Chorgesang.

Fahnenweihe.

Morgen, Sonntag, findet um 10 Uhr im Militärkasino die feierliche Fahnenweihe der B.O.-Fahnen der Vaterländischen Front für die Städtische Versicherungsanstalt statt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

334

Wien, am 7. Dezember 1936.

Sitzungen im Rathaus.

Der Haushaltausschuss der Wiener Bürgerschaft setzt am Mittwoch die Budgetberatungen fort.

Die Wiener Bürgerschaft tritt am Donnerstag um 16 Uhr zu einer nicht-öffentlichen Sitzung zusammen.

Wassergebühren bei Rohrgebrechen.

Anlässlich der herannahenden Frostgefahr wird in Erinnerung gebracht, dass Wasserrohrgebrechen binnen 3 Tagen nach Kenntnis dem Magistrat, Abteilung 11, Unterabteilung Wassergebühren, 6., Grabnergasse 6, schriftlich anzuzeigen sind. Wer die Frist versäumt, hat es sich selbst zuzuschreiben, wenn dann eine Ermässigung oder Abschreibung der durch einen Rohrbruch verursachten Wassergebühren unter keinen Umständen erfolgen kann.

Die städtischen Bäder am Feiertag.

Morgen, Dienstag (Feiertag) sind die städtischen Dampf- und Wannenbäder von 8 Uhr bis 13 Uhr, die städtischen Schwimmbadhallenbäder von 8 Uhr bis 19 Uhr geöffnet. Hingegen sind die städtischen Volksbrausebäder geschlossen.

Freie Arztstellen.

Im Versorgungsbereich der Stadt Wien in Lainz sind zwei Stellen von Vorständen medizinischer Abteilungen zu besetzen. Voraussetzungen der Anstellung sind die österreichische Bundesbürgerschaft, ein Alter unter 40 Jahren, das Doktorat der gesamten Heilkunde, eine mehrjährige Praxis als Spitalsarzt nach Erlangung des Doktorgrades und eine mehrjährige fachärztliche Ausbildung in interner Medizin. Die Dienstverpflichtung beträgt 40 Stunden in der Woche; die Ausübung der ärztlichen Privatpraxis ist gestattet. Nach dreijähriger zufriedenstellender Dienstleistung wird die Anstellung definitiv. Gesuche um diese Stellen sind mit der Geschäftszahl M.D.P. 4932/36 zu versehen, mit den Personaldokumenten und Verwendungszeugnissen zu belegen und bis 31. d. bei der Personalgruppe der Magistratsdirektion im Rathaus einzubringen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am 7. Dezember 1936

Sehr geehrter Herr Kollege!

Ich bitte Sie um die ausserordentliche Liebenswürdigkeit, nachstehende Notiz in der morgigen Nummer Ihres geschätzten Blattes zuverlässig zu veröffentlichen.

Mit Dank

F. X. F r i e d r i c h

Musik und Tanz im Dienste der Josefstische.

Für die unter der Leitung der Gattin des Bürgermeisters, Frau Josefine Schmitz, stehende Aktion "Josefstisch für die Aermsten der Armen" sind bereits mehr als 30.000 Anmeldungen eingelangt. Es bedarf daher aller Kräfte und vor allem der Hilfsbereitschaft weitester Kreise, um das grosse Werk der grössten Tisch-Aktion Wiens finanziell zu sichern.

So findet am Mittwoch, den 16. d., um 3 Uhr nachmittags im Akademie-theater unter dem Ehrenschatze der Fürstin Nora Fugger-Babenhausen und der Gräfin Johanna Hartenau-Battenberg unter der Devise "Eine Stunde Musik und Tanz" eine künstlerisch sehr bedeutsame Veranstaltung statt, deren Ertrag zur Gänze den Josefstischen zukommt. Das fesselnde Programm bringt zunächst die Ouvertüre zu "Figaros Hochzeit" von W. A. Mozart, gespielt von den Wiener Philharmonikern unter der Leitung von Carl Alwin. Dann folgt in einer dramatischen Szene "Eine Mutter vor Gericht" die ehemalige berühmte Mimikerin der k. k. Hofoper Marie Schleinker-v. Hortenau, die in ihrem erlosenen Programm, begleitet von Erich Meller, auch Lieder von Bela Laszky, Robert Stolz, Ralph Benatzky und Rudolf Sieszynsky singt. Die weiteren Programmnummern sind Mozart's Schäferspiel "Le petit riens" und "Geschichten aus dem Wienerwald" von J. Straus, getanzt vom Staatsopernballett; Spielleitung Willy Fränzl, Begleitung Wiener Philharmoniker, Dirigent Carl Alwin. Sämtliche Künstler und Künstlerinnen haben ihre Mitwirkung in uneigennütziger Weise zugesagt.

Karten für diese, ausschliesslich im Dienste der Josefstische stehende Veranstaltung sind zum Preise von 2 bis 8 Schilling 50 an der Tageskassa der Bundestheater, l., Bräunerstrasse 14, erhältlich.

.....

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 335
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 9. Dezember 1936.

Die Wiener Kinos für die Josefstische.

Uebermorgen, Freitag, findet unter dem Protektorate der Gattin des Bürgermeisters, Frau Josefina Schmitz, über dankenswerten Beschluss der Sektion Wien des Bundes der Lichtspieltheater sowie der Sektion Wien des Verbandes der Klein- und Mittelkinos des Gremiums der Lichtspielunternehmer Oesterreichs in allen Wiener Kinos eine Wohlfahrtsveranstaltung zugunsten der Aktion "Josefstische" statt.

Die Josefstische, eine unentbehrliche Ergänzung der Ausspeiseaktion der Wiener Winterhilfe, haben im letzten Winter rund 28.000 Mahlzeiten täglich an bedürftige Mitbürger, insbesondere kinderreiche Familien, verabfolgt.

Die Aktion, die bereits am 30. November eingesetzt hat und einen grossen Zustrom von Bedürftigen aufweist, bedarf hiezu grosser Mittel. Wer am Freitag eine Kinovorstellung besucht, fördert dieses unentbehrliche Hilfswerk der Winterhilfe, weil der gesamte Ertrag den Josefstischen zufließt.

Fahnenweihe bei der städtischen Versicherung.

Sonntag fand im Festsaal des Militärkasinos in Wien die feierliche Weihe der Fahnen der Vaterländischen Front für die Wiener städtische Versicherungsanstalt und deren Landesstellen statt.

Die Festrede hielt in Vertretung des Bürgermeisters der Stadt Wien Vizebürgermeister Lahr. Den Weiheakt vollzog geistlicher Rat Zeiner. Als Fahnenpatinnen fungierten die Gattin des Bürgermeisters, Frau Josefina Schmitz (Wien), Frau Lilli Dworschak (Niederösterreich), Frau Gräfin Ida Revereta (Oberösterreich), Frau Paula Aicher (Salzburg), Frau Hildegard Schubert (Steiermark), Frau Dr. Anna Grossmann (Tirol und Vorarlberg), Fräulein Elisabeth Wolf (Kärnten). Für den erkrankten Anstaltsleiter Direktor L. F. Müller sprach dessen Stellvertreter Direktor Eduard Hoffmann namens der Anstalt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 336
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 10. Dezember 1936.

Die Budgetberatung im Rathaus.

Der Haushaltsausschuss der Wiener Bürgerschaft setzte Mittwoch abend die Spezialdebatte über den Voranschlag der Stadt Wien und die Wirtschaftspläne der städtischen Unternehmungen für das Jahr 1937 unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Richard Schmitz fort. Zur Verhandlung gelangte das Kapitel "Wohnungsamt". Der Berichterstatter Obersenatsrat David führte unter anderem aus, dass die städtische Wohnhäuserverwaltung derzeit rund 70.400 Wohnungen und 3.800 Geschäftslokale verwaltet. Die Nachfrage nach Wohnungen ist noch immer sehr stark. Beim Wohnungsamt sind rund 7.000 Wohnungsansuchen in Vormerkung, von denen 3.000 wegen Obdachlosigkeit, wegen Baufälligkeit, oder gesundheitsschädlicher Beschaffenheit der Wohnung usw. als dringend bezeichnet werden müssen. Heuer wurden infolge Zuwachses oder Wechsels der Mieter 2.800 städtische Wohnungen neu vermietet.

Der Gesamtgrundbesitz der Stadt Wien beträgt 23.702'23 Hektar, von denen 7.494'56 Hektar in Wien und 15.207'67 Hektar ausserhalb Wiens liegen. Das öffentliche Gut erfuhr im Laufe des Jahres einen Zuwachs von rund 28 Hektar. Der städtische Grundbesitz ist zur Gänze verpachtet. Er umfasst Lagerplätze, landwirtschaftlich genutzte Gründe, Gärtnereigründe und Weingärten.

Die Räte Dr. Foglar-Deinhardstein, Frau Dr. Motzko, Dr. Schwarz, Ing. Herrmann, Diestler, Ing. Gross und Ing. Hanzal beschäftigten sich mit der derzeitigen Lage auf dem Wiener Wohnungsmarkt, wobei auch die Frage der Teilung von Grosswohnungen von verschiedenen Gesichtspunkten aus erörtert wurde. Rat Dr. Hengl brachte Wünsche hinsichtlich des Pächterschutzgesetzes vor, Rat Ing. Petravic sprach zur Gebarung der Wohnhäuserverwaltung, Vizebürgermeister Lahr bezeichnete die Ablöse als eines der Haupthindernisse zur Weitervermietung einer leerstehenden Wohnung, worauf Bürgermeister Richard Schmitz vor allem darauf verwies, dass eine der Hauptquellen für den Bedarf an Kleinwohnungen die vielen Hunderte von menschenunwürdigen Kleinstwohnungen sind, die es in Wien noch immer gibt und von denen ein Drittel als überfüllt gelten muss. Ueberdies gehen jährlich 300 bis 400 Kleinwohnungen infolge unaufschiebbarer Demolierung baufälliger alter Häuser verloren. Solche Kleinstwohnungen werden von den ärmsten Volksschichten bewohnt, die eben nur bescheidene Mietzinse erschwingen können, daher für die private Wohnbautätigkeit nicht in Betracht kommen. Von 1934 bis 1936 hat die Stadtverwaltung mehr als 2.000 Wohnungen, und zwar 1.231 Wohnungen in Eigenbauten neu geschaffen und den Bau von 798 Wohnungen im Zuge der Assanierungsaktion gefördert. Im kommenden Jahr ist unter anderem an der Umbau einiger alter städtischer Häuser zwecks Schaffung von Kleinwohnungen vorgesehen, um dadurch den Verlust von billigen Kleinwohnungen einigermaßen wettzumachen.

Stadtbaudirektor Dr. Ing. Musil berichtet ausführlich über das Kapitel "Stadtbauamt". Aus seinem Referat ist vor allem der grosszügige Strassenbau hervorzuheben. Für Strassererneuerungen und Neuherstellungen sind 1'9 Millionen Schilling vorgesehen, so dass auch Auswechslungen von Strassen und Gehwegdecken in einem grösseren Umfange als bisher vorgenommen werden können. Die Umwandlung der schlechten Halbguttrottoire in Asphaltgehsteige ist in voller Durchführung. Die Aktion ist von der Bevölkerung beifällig begrüsst worden.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am.....

Im Bauteil II der Höhenstrasse, der vom Cobenzl in der Richtung über den Dreimarkstein bis zur Artariastrasse führt, ist das für heuer in Aussicht genommene Bauziel Sieveringer Brücke erreicht worden. Hier wurden die Arbeiten trotz der schwierigen Untergrundverhältnisse mit solcher Beschleunigung betrieben, dass der Strassenkörper bis zu dem die Sieveringer Strasse überquerenden Viadukt fertiggestellt ist. Die Übergabe an den öffentlichen Verkehr ist in Kürze zu gewärtigen. Von der Wientalstrasse sind erhebliche Teile bereits dem Verkehr übergeben. Die Arbeiten bei der Hietzinger Brücke gehen programmgemäss vorwärts.

Der moderne Verkehr wickelt sich mit solcher Schnelligkeit ab, dass das Nebeneinander von Fussgehern, Radfahrern und Kraftfahrzeugen für alle Beteiligten schwere Gefahren auslöst. Daher ist es überaus zu begrüßen, dass auf Initiative des Bürgermeisters nunmehr mit sehr erheblichen Kosten eigene Radfahrwege überall dort angelegt werden, wo die dazu erforderlichen Flächen gewonnen werden können.

Für den neuzeitlichen Ausbau innerstädtischer Strassenzüge ist ausserhalb des Investitionsprogrammes ein Kredit von fast 3 Millionen Schilling vorgesehen. Auch auf diesem Gebiet arbeitet die Strassenbauabteilung seit zwei Jahren mit Hochdruck. Für das nächste Jahr ist unter anderem die zeitgemässe Ausgestaltung der Triesterstrasse zwischen dem Matzleinsdorfer Platz und dem Wienerberg bei gleichzeitiger Anlegung von Radfahrwegen, des Schwarzenbergplatzes und der Ringstrasse im Bereiche des Burgtheaters, des Rathauses und der Schottengasse vorgesehen.

Der Hausreparaturfonds stellte heuer 2¼ Millionen Schilling zu Verfügung. Alle einlangenden Ansuchen, die zu keinem Anstand Anlass gaben, konnten befriedigt werden. Verbesserungsarbeiten wurden mit einem 20prozentigen, gewöhnliche Instandsetzungsarbeiten mit einem 10prozentigen Zuschuss gefördert. Von den 5.843 eingereichten Ansuchen betrafen 1.250 Verbesserungsarbeiten. Der Erfolg ist überaus wertvoll, da z.B. 310 alte Hausziegelkanäle durch Tomrohrkanäle ersetzt wurden. Ferner wurden 6.400 Klosettauswechslungen, 23 Badenischen, 77 Badezimmer, 111 Waschküchen und etwa 200 Neueinleitungen von Gas-, Wasser- oder elektrischem Strom ausgeführt. Schliesslich wurden durch die Förderung durch den Hausreparaturfonds 44 Aufzüge neuzeitlich umgebaut und 18 neu geschaffen.

Der Assanierungsfonds weist ebenfalls bedeutende Erfolge auf. Während im Jahre 1934 4 grössere Umbauten und der Bau von 7 Familienhäusern gefördert wurden, waren es im Jahre 1935 schon 15 Umbauten und 38 Familienhäuser. Das Jahr 1936 ergibt bis jetzt 17 Umbauten und 18 Familienhäuser. Das Gesamterfordernis für alle diese Bauten beträgt mehr als 32 Millionen Schilling. Bemerkenswert ist aber auch, dass in den im Zuge der Assanierungsaktion aufgeführten neuen Miethäusern an Stelle von 393 demolierten minderwertigen Altwohnungen 1.037 und schliesslich in den Familienhäusern 122 zeitgemäss ausgestattete Wohnungen hergestellt wurden, beziehungsweise noch im Bau sind.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 337
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Ausgabe.

Wien, am 10. Dezember 1936.

Wiener Bürgerschaft.

Sitzung vom 10. Dezember 1936.

Die Wiener Bürgerschaft hielt heute unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Richard Schmitz eine nichtöffentliche Sitzung ab, in der zunächst der Bürgermeister mitteilte, dass Rat Ing. Knauer wegen Krankheit sein Mandat niedergelegt hat. Der Bürgermeister spricht dem scheidenden Funktionär für seine hingebungsvolle Mitarbeit den Dank der Stadt Wien aus.

Der Bürgermeister bringt sodann den Entwurf eines Stadtverfassungsgesetzes betreffend die Aenderung der Gebietsgrenzen zwischen der bundesunmittelbaren Stadt Wien und dem Lande Niederösterreich (Einbeziehung von für die Erweiterung des Südwestfriedhofes in Aussicht genommenen, bisher zur Ortsgemeinde Atzgersdorf gehörig gewesenen Gebietsteilen in das Stadtgebiet der bundesunmittelbaren Stadt Wien) ein. Der Gesetzentwurf wird der Kommission zur Vorberatung der Gutachten der Wiener Bürgerschaft zugewiesen.

An Stelle der ausgeschiedenen Räte Holas und Seifert werden die Räte Effenberger und Reg. Rat. Ing. Hofbauer in den Haushalatschuss der Wiener Bürgerschaft entsendet.

Ohne Debatte werden der Rechnungsabschluss der Wiener Hypotheken-Anstalt für 1935, einige Grundtransaktionen, ferner die Erneuerung der 16.000 Volt-Schaltanlage des Umspannwerkes Süd der städtischen Elektrizitätswerke mit einem Kostenerfordernis von 550.000 Schilling und die Erneuerung der Gleichstrom-Verteilungsanlage des Unterwerkes Sechshaus der städtischen Elektrizitätswerke mit einem Kostenerfordernis von 450.000 Schilling sowie ein 16.000 Schilling erfordernder Zubau zur Tagesheimstätte der Franziskanerinnen, Missionärinnen Mariens, in der Brigittenau in der Leystrasse nach einem vom Wiener Stadtbauamte ausgearbeiteten Entwurf genehmigt. Schliesslich beschloss die Wiener Bürgerschaft die Verleihung der Grossen Goldenen Salvator-Medaille an die Obervorsteherin des Frauen Wohltätigkeitsvereins in Wien Fanny Prinzessin von und zu Liechtenstein anlässlich der Vollendung des 70. Lebensjahres in Anerkennung ihres mehr als 42jährigen, verdienstvollen Wirkens auf dem Gebiete der privaten Fürsorge und die Verleihung der Goldenen Salvator-Medaille an die Fürsorgeräte Rudolf Leissner (Mariahilf) und Karl Ruhmannseder (Floridsdorf) in Anerkennung ihres mehr als 25jährigen, verdienstvollen Wirkens auf dem Gebiete des Fürsorgewesens der Stadt Wien, an den ehemaligen Bezirksrat von Fünfhaus Friedrich Barthelme in Anerkennung seines vieljährigen, verdienstvollen Wirkens als Mitglied der Bezirksvertretung Fünfhaus und in Würdigung seiner mehr als 25jährigen, erspriesslichen Tätigkeit auf karitativem Gebiete, an den Obmann des Ortsschulrates Meidling Hofrat Josef Pribyl in Anerkennung seines mehr als 25jährigen, verdienstvollen Wirkens in dieser Körperschaft und schliesslich an die Freiwillige Siedlungsfeuerwehr Simmering (früher Turnerfeuerwehr) anlässlich ihres 60jährigen Bestandjubiläums in Anerkennung ihres vieljährigen, verdienstvollen und uneigennütigen Wirkens.

.....

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantwortl. Redakteur: 338
FRANZ XAVER FIEDRICH

Wien, am 11. Dezember 1936.

Die Geschäftsstunden für den Warenverschleiss im Kleinen am Silbernen Sonntag

Der Magistrat teilt mit: Am Sonntag, den 13. d. (Silberner Sonntag) ist im gesamten Lebensmittelkleinhandel und im gesamten Kleinverschleiss der Lebensmittelherzeugungsgewerbe der Warenverschleiss von 8 Uhr bis 11 Uhr und von 16 Uhr bis 19 Uhr, im sonstigen Warenverschleiss im Kleinen von 10 Uhr bis 13 Uhr und von 15 Uhr bis 18 Uhr gestattet.

Abschluss der Budgetberatung in Nachtsitzung des Haushaltausschusses.

Der Haushaltausschuss der Wiener Bürgerschaft beendete unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Richard Schmitz und der Vizebürgermeister Lahr und Dr. Kresse in einer von Donnerstag, 5 Uhr nachmittag, bis Freitag, 2 Uhr früh, währenden Sitzung die Beratung über den Voranschlag der Stadt Wien und die Wirtschaftspläne der städtischen Unternehmungen für das Jahr 1937, den Rechnungsabschluss der Stadt Wien und die Bilanzen der städtischen Unternehmungen für das Jahr 1935 sowie den Bericht des Rechnungshofes und des Kontrollamtes zum Rechnungsabschluss und zu den Bilanzen der städtischen Unternehmungen. Mit welcher Verantwortlichkeit und Gründlichkeit der Haushaltausschuss von seinem Budgetrechte Gebrauch machte, zeigt die Tatsache, dass in vier Sitzungen mit einer Gesamtdauer von 22 Stunden abgesehen von den Vorträgen der Referenten und den wiederholten grundsätzlichen und richtunggebenden Bemerkungen des Bürgermeisters 53 Redner zum Voranschlagsentwurf und Rechnungsabschluss eingehend Stellung nahmen.

Nach Annahme des von Obersensatsrat Dr. Fenzl referierten Kapitels "Wirtschaftsamt" berichtete der stellvertretende Leiter des Finanzamtes Senatsrat Dr. Leppa über das Kapitel "Arbeitsbeschaffung". Nach dem vorgelegten Programm stehen für das Jahr 1937 für den Ausbau den Höhenstrasse Artariastrasse-Cobenzl-Leopoldsdorf und Höhenweg 1,910.000 S zur Verfügung, für die Fertigstellung der Autoeinfahrtsstrasse im Zuge des Wientales 1,130.000 S, für die neuzeitliche Ausgestaltung wichtiger Strassenzüge 10,960.000 S, für den Neubau der Rotundenbrücke und der Schlachthausbrücke 1,350.000 S, für den Assanierungsfonds und den Hausreparaturfonds insgesamt 8,000.000 S, für die Aufholung rückständiger Verhältnisse in städtischen Objekten, im städtischen Gartenbetrieb einschliesslich der Denkmalpflege insgesamt 1,436.000 S, für Schulneubauten 1,510.000 S, für die Auswechslung veralteter Heizanlagen in Schulen 100.000 S, für die Ausgestaltung der Wasserleitungsanlagen 3,005.000 S, für die Errichtung von Familienasylen und Vorsorge für die Tagesunterbringung der Kinder 1,400.000 S, für verstärkte Auswechslung überalterter Ziegelkanäle sowie Ausgestaltung der Kanalisationsanlagen 2,500.000 S, für die Vorbereitung für die Errichtung des Gross-Gemüse-, Obst- und Blumenmarktes 500.000 S, für den Umbau der polnische Halle in der Grossmarkthalle, Abteilung für Fleisch, 650.000 S, für die Vorsorgen für die zweckdienliche Unterbringung städtischer Aemter und dergleichen 500.000 S, für die Verbesserung der öffentlichen Strassenbeleuchtung 150.000 S, für den Ausbau des Obdachlosenheimes 87.500 S, für die Schaffung von Wohnraum und insbesondere von Ersatzwohnungen zur Erleichterung von Umsiedlungen im Zuge von Assanierungs- und anderen Bauten 550.000 S für den Umbau von städtischen Althäusern 600.000 S, für die Ausgestaltung und Erweiterung des Friedhofbetriebes 170.000 S, für die Bekämpfung der Rauchplage und ähnlicher Schäden 170.000 S und für allgemeine Unkosten 215.000 S. Insgesamt sind also für das Jahr 1937 für die Arbeitsbeschaffung

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am

durch die Stadt Wien in der Hoheitsverwaltung allein 36,892.500 S vorgesehe:

Aus dem von Direktor Ing. Güntner erstatteten Bericht über die Bilanzen und Wirtschaftspläne der städtischen Gaswerke sind insbesondere die Ausführungen des Referenten über den Rückgang des Gaskonsums in Wien sehr aufschlussreich. Der Berichterstatter bezeichnet als die Ursachen des Minderverbrauches an Haushaltgas die Wirtschaftskrise und eine Umstellung in der Ernährungsweise der Bevölkerung, die sich in einem Minderverbrauch von Fleisch und Kaffee auswirkt. Da nun rund 80 Prozent der Wiener Haushalte mit Gas kochen, führt der sehr beträchtliche Minderverbrauch an Fleisch und Kaffee zwangsläufig zu einer Verminderung des Gasbedarfes zum Kochen. Nach einer auf Grund der amtlichen Angaben über den seit 1931 anhaltenden Rückgang des Fleisch- und Kaffeebedarfes sehr vorsichtig aufgestellten Berechnung ist der aus diesem Grunde eingetretene Gasminderverbrauch der Haushalte im Jahr mit rund 20 Millionen Kubikmeter anzusetzen. Der Wirtschaftsplan für 1937 sieht immerhin noch einen Gebarungsüberschuss von 9'1 Millionen S vor.

Direktor Ing. Beron berichtet über die städtischen Elektrizitätswerke. Diese präliminieren für das Jahr 1937 einen Gebarungsüberschuss von 10'1 Millionen S.

Aus dem Bericht des Direktors Ing. Werner über die städtischen Strassenbahnen geht hervor, dass der Stand des Personals Ende 1935 13.875 Personen betrug. Der Wirtschaftsplan für das Jahr 1937 sieht einen Gebarungsabgang von rund 6'9 Millionen S vor, wovon auf die Strassenbahn und Stadtbahn rund 6 Millionen S, auf den Autobusbetrieb 800.000 S und auf den Elektrobusbetrieb 100.000 S entfallen. Der Gebarungsabgang ist um rund anderthalb Millionen S ungünstiger als der für das laufende Jahr präliminierte. Die Verschlechterung ist darauf zurückzuführen, dass die Ausgaben nur um rund 3'1 Millionen Schilling gesenkt werden konnten, wogegen die Gesamteinnahmen um rund 4'6 Millionen S geringer veranschlagt werden mussten. Die Strassenbahndirektion rechnet für das kommende Jahr auf der Strassenbahn und Stadtbahn mit einer Beförderungsleistung von 470,000.000 Fahrgästen, die um 13'7 Millionen geringer ist wie die für das laufende Jahr präliminierte und die um etwa 13 Millionen hinter der nach den bisherigen Erfolgswerten im Jahre 1936 zu erwartenden Frequenz zurückbleibt. Direktor Ing. Werner hebt hervor, dass das Unternehmen bei den präliminierten Abschreibungen von 11'7 Millionen S und dem veranschlagten Gebarungsabgang von rund 6'9 Millionen S im kommenden Jahr noch den Betrag von 4'8 Millionen S erwirtschaftet wird. Diesem Betrage stehen aber die Aufwendungen für Investitionen und Erneuerungen in der Höhe von rund 8'3 Millionen S sowie die Zuschüsse an die notleidende Pensionskasse der Bediensteten gegenüber, so dass zur Erhaltung des Unternehmens unbedingt noch weitgehende Massnahmen notwendig sein werden.

Die Direktoren Ing. Stanka, Ing. Raschendorfer und Pikolon berichten über die Wirtschaftspläne und Bilanzen des städtischen Brauhauses, der städtischen Leichenbestattung und der städtischen Ankinigungsunternehmung die ohne Debatte genehmigt werden. Damit ist die Budgetberatung im Haushaltsausschuss der Wiener Bürgerschaft beendet.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantwortl. Redakteur:
FRANZ LAVER FRIEDRICH

III. Blatt

Wien, am

Einhebung einer Fahrradabgabe in Wien.

Anschliessend an die Budgetdebatte beschäftigte sich der Haushalt ausschuss mit dem von Rat Dr. Foglar-Deinhardstein vertretenen Entwurf eines Stadtgesetzes betreffend die Einhebung einer Fahrradabgabe in Wien. Der Motivenbericht erinnert an den Anlass, der nach mehrjährigem Zuwarten zur Einführung dieser Abgabe, die in den meisten Ländern längst besteht, führen musste. Die auffallend starke Zunahme des Fahrradverkehrs in den Wiener Strassen schuf eine Zwangslage. Die Entwicklung des Strassenverkehrs und die Motorisierung der Verkehrsmittel stellen alle öffentlichen Verwaltungen vor neue Aufgaben. Unter den Problemen, die hierbei auftauchen, spielt die Sorge für Abwicklung des starken Radfahrverkehrs in den auch von anderen Fahrzeugen dicht befahrenen Grossstadtstrassen eine wichtige Rolle. Um die ungestörte Abwicklung des Verkehrs zu ermöglichen und auch den Radfahrern weitgehende Sicherheit zu bieten, werden für den Radfahrverkehr besondere Vorkehrungen als dringend empfunden, die aber auch sehr bedeutende finanzielle Aufwendungen erfordern. Die Stadt Wien hat bereits begonnen, Radfahrwege einzurichten, sie beabsichtigt, in der nächsten Zeit bestehende Radfahrwege zu verbessern und zahlreiche neue Radfahrwege in verkehrsreichen und wichtigen Strassenzügen zu errichten. Wenn es gelingt, dadurch zur leichteren Abwicklung des Verkehrs beizutragen, wird damit den Radfahrern, Fussgängern und allen anderen Strassenbenützern sehr gedient sein.

Die Stadtverwaltung muss schon in der nächsten Zeit mit Massnahmen auf diesem Gebiete beginnen, da in der Zukunft mit einer Vermehrung der bestehenden Schwierigkeiten zu rechnen ist und die Strassenunfälle auf ein tunlichst geringes Mass eingeschränkt werden sollen. Die Entwicklung der Verkehrsunfälle in Wien im Laufe der letzten Jahre kann im allgemeinen nicht als ungünstig bezeichnet werden; die Gesamtanzahl der Verkehrsunfälle durch Fahrzeuge hat sich in den letzten drei Jahren von 1933 bis 1935 ungefähr auf derselben Höhe gehalten. Eine bedauerliche Steigerung hat sich dagegen - abgesehen von den Krafträdern - bei den Verkehrsunfällen durch Fahrräder ergeben; die Zahl der Unfälle durch Fahrräder ist im Durchschnitt dieser drei Jahre von 687 auf 792 und 855 gestiegen. Diese Entwicklung verlangt im Interesse der Bevölkerung besondere Vorsorge für die Abwicklung des Fahrradverkehrs. Solche Massnahmen, insbesondere auch die Anlage von Radfahrwegen, erfordern natzgemäss die Bereitstellung entsprechender Geldmittel. Es dürfte daher wohl gerechtfertigt sein, die Radfahrer, die vermöge ihrer Zahl und der Besonderheit ihrer Fahrzeuge Aufwendungen aus allgemeinen Mitteln für das Verkehrswesen erfordern, auch zu einer Steuerleistung für die Allgemeinheit heranzuziehen. In einer Reihe von Bundesländern, wie in Oberösterreich, Salzburg, Steiermark und Kärnten, besteht bereits eine Fahrradabgabe. Ihre Höhe ist dort mit 5 Schilling jährlich festgesetzt, zu denen jedoch meist auch noch Gebühren für Nummerntafel usw. kommen, ohne dass bisher damit der Bau von Radfahrwegen in beträchtlichem Umfang verbunden werden wäre. Daher kann dieser Satz für die völlig anders gearteten Wiener Verhältnisse nicht einfach angewendet werden.

Nach dem vorliegenden Entwurf wird der Abgabesatz in zwei Ansätze vorgesehen: Wer es vorzieht, halbjährig zu zahlen, je 4 Schilling für das Halbjahr. Bei sofortiger Zahlung der Abgabe für das ganze Jahr tritt eine Ermässigung auf 7 Schilling ein, ein Betrag, der nicht viel höher als die Abgabe in den Bundesländern ist. Durch die Möglichkeit, die Abgabe in zwei Raten

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IV. Blatt

Wien, am

einzu zahlen, werden die Verwaltungskosten stark gesteigert, daher muss hier der höhere Kostenanteil eingerechnet werden. In dieser Höhe der Abgabe (4 Schilling halbjährig oder 7 Schilling ganzjährig) sind auch die Gebühren für die erstmalige Ausgabe des Kennzeichens und der Ausweiskarte schon inbegriffen.

Um die Einhebung der Abgabe, die keine Zwecksteuer ist, möglichst einfach zu gestalten, ist in Aussicht genommen, dass die Abgabepflichtigen die Abgabe ohne vorhergehenden Zahlungsauftrag bei der zuständigen Bezirkshauptmannschaft einzuzahlen haben. Sie erhalten dafür ein Abgabekennzeichen und eine Zahlungsbestätigung (Ausweiskarte). Dadurch wird sich im Verkehr die äusserst erwünschte Nebenfolge ergeben, dass die Identifizierung des Radfahrers erleichtert werden wird.

Nach dem Entwurf soll das Abgabekennzeichen im Interesse der Vereinfachung und Vereinfachung des Verfahrens dem Abgabepflichtigen für sein Fahrrad grundsätzlich dauernd zugewiesen werden. Die Abgabepflicht ist nur für den Fall in Aussicht genommen, dass das Rad auf den öffentlichen Wiener Strassen benützt wird und der Eigentümer in Wien wohnt oder tätig ist. Daher werden Radfahrer, die ausserhalb Wiens, etwa in Niederösterreich, Wohn- und Betriebsort haben, der Wiener Abgabe nicht unterliegen, auch wenn sie gelegentlich Wiener Strassen benützen. Lasträder sind von der Abgabe ausgenommen. Ebenso unterliegen Krafträder, zu denen auch alle Fahrräder mit Hilfsmotoren gerechnet werden, der Abgabe nicht.

Fahrradabgabe- Haftpflichtversicherung.

Mit der Einführung der Fahrradabgabe in Wien wird gleichzeitig eine Neuerung durchgeführt, die von allen Fahrradbesitzern und Fahrradbenützern aufs wärmste begrüsst werden wird: Der Abgabepflichtige soll sofort mit dem Erlag der Fahrradabgabe automatisch und ohne dass ihm dadurch irgendwelche weitere Kosten erwachsen, in eine wertvolle Haftpflichtversicherung eintreten. Das Ausmass der Versicherung steht noch nicht fest, da die Berechnungen hierüber noch nicht abgeschlossen sind. Auch einige andere Aenderungen, die im Haushaltsausschuss gewünscht wurden, werden noch überprüft.

Die Wiener Fahrradabgabe soll mit 1. Jänner 1937 in Wirksamkeit treten. Als Uebergangsbestimmung ist vorgesehen, dass abgabepflichtige Fahrräder bis 31. März 1937 auch ohne Kennzeichen benützt werden können. Die Durchführungsbestimmungen werden vom Bürgermeister erlassen.

Der Haushaltsausschuss erteilte dem Gesetzentwurf seine Zustimmung. Rat Ing. Herrmann berichtete über den Entwurf eines Stadtgesetzes, der die Verlängerung der Befreiung von Anliegerbeiträgen bis Ende 1937 betrifft. Auch dieser Gesetzentwurf wurde angenommen.

.....

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

339

Wien, am 12. Dezember 1936.

Sitzungen im Rathaus.

Die Wiener Bürgerschaft tritt in der kommenden Woche am Mittwoch, Donnerstag und Freitag zusammen. Die Sitzungen beginnen jeweils um 17 Uhr. Tagesordnung: Der Voranschlagsentwurf der Stadt Wien und die Wirtschaftspläne der städtischen Unternehmungen für das Jahr 1937, der Rechnungsabschluss der Stadt Wien und die Bilanzen der städtischen Unternehmungen für das Jahr 1935 sowie der Bericht des Rechnungshofes und des Kontrollamtes zum Rechnungsabschluss der Stadt Wien und zu den Bilanzen der städtischen Unternehmungen.

Autobusverkehr am Silbernen Sonntag.

Morgen (Silberner Sonntag) verkehren von 8 Uhr 30 bis 19 Uhr die drei innerstädtischen Linien I (Schottentor-Stephansplatz-Wollzeile), II (Karlsplatz-Stephansplatz-Schwedenbrücke) und III (Bellaria-Stephansplatz-Börse). In den Nachmittagsstunden wird die Linie II durch die Sonntagslinie P (Hietzing-Stephansplatz-Praterstern) ersetzt. Auf den übrigen Autobus-Taglinien ist mit Ausnahme der Linien auf den Kahlenberg, nach Salmansdorf und zum Döblinger Friedhof (Krankenhaus der Kaufmannschaft) der Verkehr eingestellt.

Ehrung von Hebammen.

Freitag beglückwünschte in Vertretung des Bürgermeisters Oberstadtphysikus Dr. Gegenbauer im Rathaus die Hebammen Marie Herda, Franziska Kral, Anna Pollak, Barbara Strobl und Ida Witasek anlässlich ihres 40jährigen Berufsjubiläums und überreichte jeder Jubilarin ein Ehrengeschenk der Stadt Wien.

Musik und Tanz im Dienste der Josefstische.

Für die unter der Leitung der Gätin des Bürgermeisters, Frau Josefine Schmitz, stehende Aktion "Josefstische für die Aermsten der Armen" sind bereits mehr als 30.000 Anmeldungen eingelangt. Es bedarf daher aller Kräfte und vor allem der Hilfsbereitschaft weitester Kreise, um das grosse Werk der grössten Tisch-Aktion Wiens finanziell zu sichern.

So findet am Mittwoch, den 16. d., um 3 Uhr nachmittags im Akademietheater unter dem Ehrenschatze der Fürstin Nora Fugger-Babenhausen und der Gräfin Johanna Hartenau-Battenberg unter der Devise "Eine Stunde Musik und Tanz" eine künstlerisch sehr bedeutsame Veranstaltung statt, deren Ertr zur Gänze den Josefstischen zukommt. Das fesselnde Programm bringt zunächst die Ouverture zu "Figaros Hochzeit" von W.A. Mozart, gespielt von den Wiener Philharmonikern unter der Leitung von Carl Alwin. Dann folgt in einer dramatischen Szene "Eine Mutter vor Gericht" die ehemalige berühmte Mimikerin der k.k. Hofoper Marie Schleizer-v. Hortenau, die in ihrem erlesenen Programm, begleitet von Erich Meller, auch Lieder von Bela Laszky, Robert Stolz, Ralph Benatzky und Rudolf Siesnyky singt. Die weiteren Programmnummern sind Mozart's Schäferspiel "Le petit riens" und "G'schichten aus dem Wienerwald" von J. Strauss, getanzt vom Staatsopernballett; Spielleitung Willy Fränzl, Begleitung Wiener Philharmoniker, Dirigent Carl Alwin. Sämtliche Künstler und Künstlerinnen haben ihre Mitwirkung in uneigennütziger Weise zugesagt.

Karten für diese, ausschliesslich im Dienste der Josefstische stehende Veranstaltung sind zum Preise von 2 bis 8 Schilling 50 an der Tageskasse der Bundestheater, l., Bräunerstrasse 14, erhältlich.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 340
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 13. Dezember 1936

581 Preisträger der Aktion "Wien im Blumenschmuck".

Heute vormittag fand in der Volkshalle des Rathauses die feierliche Ueberreichung der Wanderpreise der Wiener Landwirtschaftskammer, der von der Stadt Wien gewidmeten Geldpreise und der Ehrendiplome der Oesterreichischen Gartenbaugesellschaft an die Preisträger der huer wieder durchgeführten Aktion "Wien im Blumenschmuck", die zuletzt im Jahre 1931 stattgefunden hatte, statt. Der beliebten Aktion war ein voller Erfolg beschieden, da bei 636 Anmeldungen nicht weniger als 581 erste, zweite, dritte und vierte Preise zuerkannt wurden. Zur Feier hatten sich eingefunden Bürgermeister Richard Schmitz, Magistratsdirektor Dr. Diessmanner, Präsidentsvorstand Ober-Senatsrat Jiresch, der stellvertretende Leiter des städtischen Finanzamtes Senatsrat Dr. Leppa, die Mitglieder des Preisgerichtes, mehrere Räte der Stadt Wien, der Präsident der Oesterreichischen Gartenbaugesellschaft Baron Hennet und Vertreter der Wiener Landwirtschaftskammer.

Bürgermeister Richard Schmitz richtete an die Versammlung eine herzliche Ansprache, in der er sagte: "Der Blumenschmuck Wiens gehört zu seinem Charakter. Wenn ein Fremder zum erstenmal nach Wien kommt, ist er überrascht von der Liebe unserer Stadt zum Grün und zur Blume. Ich danke Ihnen allen für Ihre Unterstützung, Wiens Schönheit zu pflegen, denn die vielbewunderte Schönheit unserer Stadt kann nur immer wieder dann in Blüte gehalten werden, wenn die ganze Bevölkerung mittut. Ich lade Sie ein, das hohe Verständnis für diese schöne und liebenswürdige Aufgabe immer wachzuhalten, um unser liebes Wien immer schöner und prächtiger zu gestalten".

Hierauf überreichte der Bürgermeister den ersten drei Preisträgern die Wanderpreise der Wiener Landwirtschaftskammer, und zwar die "Goldene Rose" dem Vertreter des Warenhauses Stafa in der Mariahilferstrasse, die "Silberne Rose" Herrn Franz Jellinger, 12., Hohenberggasse 34, und die "Bronzene Rose" Frau Anna Kühmayer, 14., Kauerhofgasse 4, während die anderen Preisträger ihre Preise aus den Händen von Magistratsbeamten empfangen. Die Diplome der Gartenbaugesellschaft wurden an Herrn Anton Rühmann, 16., Bezirk, Frau Apollonia Walla, 11. Bezirk, und an die Cafes Vindobona, 3. Bezirk, sowie Louvre und Siller, 1. Bezirk, verliehen.

Im Namen der Ausgezeichneten dankte Oekonomierat Hofmann dem Bürgermeister für die Wiedereinführung der Aktion und versprach für die kommenden Jahre die regste Mitarbeit aller.

.....

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 341
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 15. Dezember 1936.

An die

Kollegen Kommunalredakteure!

Sehr geehrter Herr Kollege!

Ich lade Sie hiemit ein, morgen, Mittwoch, um 16 Uhr bei mir zuverlässig und pünktlich zu erscheinen und Ihre Strassenbahnkarte mitzubringen.

Mit kollegialem Gruss

F. X. Friedrich.

.....

Der Voranschlag der Stadt St. Pölten für das Jahr 1937.

Der Oesterreichische Städtebund teilt mit: Der Gemeindegtag der Stadt St. Pölten hat kürzlich den Voranschlag für das Jahr 1937 mit einhelligen Beschlüssen erledigt. Die Haushaltsgebarung der Stadt sieht Ausgaben von rund 3,315.000 Schilling und Einnahmen von rund 3,239.000 Schilling, somit einen Abgang von 76.000 Schilling vor. Die noch immer unter den Krisenfolgen schwer leidende Stadt muss sich äusserste Beschränkungen auferlegen. Rund ein Drittel ihrer 37.000 Einwohner sind gegenwärtig auf die Leistungen der Winterhilfe angewiesen, über 45 Prozent der Schulkinder haben erwerbslose Eltern. Dennoch muss die Stadt vom nächsten Jahre an den vollen Schuldendienst für rund 18,800.000 Schilling Darlehensschulden früherer Jahre im Voranschlag aufbringen. Sehr schwer wird die Finanzwirtschaft der Stadt dadurch getroffen, dass das Land Niederösterreich auch im Jahre 1937 auf die Einziehung von Bundessteuerertragsanteilen der Gemeinden bestehen muss, um den Landeshaushalt zu entlasten. Die Stadt hofft, den Abgang durch Ersparungen im Schuldendienst bei den Gelddarlehen verringern zu können. Eine dauernde Gesundung der Gemeindegenschaft kann aber nur erwartet werden, wenn die seit Jahren angestrebte Verbundlichung der Gemeindepolizei durchgeführt wird.

.....

Strassenbahnfahrscheine in Weihnachtspackung.

Die Strassenbahndirektion hat heuer zum erstenmal Strassenbahnfahrscheine in Weihnachtspackung für Geschenkszwecke aufgelegt, die zum normalen Preis in allen Vorverkaufsstellen erhältlich sind. Die Weihnachtspackungen enthalten entweder zehn Stück Tagesfahrscheine oder zehn Stück Kinderfahrscheine.

.....

25 Jahre Kreditverein der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien.

Der Kreditverein der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien, das grösste Personalkreditinstitut Wiens, hat vor kurzem das fünfundzwanzigste Jahr seiner Wirksamkeit vollendet. Aus diesem Anlass findet übermorgen, Donnerstag, um 17 Uhr in der Volkshalle des Rathauses eine Festversammlung statt, bei der Bürgermeister Richard Schmitz, im Namen des Gewerbes Vizebürgermeister Dr. Kresse, für die Kaufmannschaft Präsident Rat der Stadt Wien Dr. Herberth und der Obmann des Kreditvereines Bundeswirtschaftsrat Lenhart das Wort ergreifen werden.

.....

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt.

Wien, am

Wiens Hauptschuljugend bei "Alpenkönig und Menschenfeind".

Um bedürftigen Wiener Kindern eine besondere Weihnachtsfreude zu bereiten, veranstaltet die Stadt Wien im Deutschen Volkstheater drei Aufführungen von Ferdinand Raimunds "Alpenkönig und Menschenfeind", zu denen Bürgermeister Richard Schmitz Knaben und Mädchen der vierten Hauptschulklassen der Bezirke mit bedürftigen Bevölkerung geladen hat. Die erste Vorstellung war bereits heute; die zweite und dritte Vorstellung findet am 18. und 22. Dezember jeweils um 4 Uhr nachmittag statt. Der Besuch des Theaters, die Garderobe, der beigegebene Programmzettel und die Strassenbahnfahrt zum und vom Theater sind als Geschenk des Bürgermeisters vollkommen kostenlos. Die Kinder werden beim Theaterbesuch selbstverständlich von ihren Lehrpersonen begleitet.

Der Preiswettbewerb für einen Werbekarton "Ball der Stadt Wien".

Die Stadt Wien hat zur Erlangung eines geschmackvollen und wirkungsvollen Werbekartons für den am 4. Februar 1937 stattfindenden Ball der Stadt Wien einen allgemein zugänglichen Preiswettbewerb veranstaltet, für den nicht weniger als 273 Entwürfe einlangten. Das aus Vizebürgermeister Lahr, den Professoren Frank und Martin, Priv. Doz. Dr. Hurm und Hofrat Prof. Dr. Junk bestehende Preisgericht hat nunmehr ihre Prüfungsarbeiten beendet. Der erste Preis wurde dem Entwurf von Franz Schaupp, der zweite Preis dem Entwurf von Lilly Soeser und der dritte Preis dem Entwurf von Marianne Hahn zuerkannt. Fünf weitere Preise erhielten Gabriele Scorek, Hubert Leischner, Atelier Prof. Kirnig, Arthur Zelger und Franz Klinghofer. Ausserdem wurden fünf Trostpreise vergeben. Auf Vorschlag des Ballkomitees wird der Entwurf von Lilly Soeser ausgeführt.

Die Grossmarkthalle am Goldenen Sonntag.

Kommenden Sonntag (Goldener Sonntag) ist die Grossmarkthalle, Abteilung für Fleischwaren und für Viktualien, geschlossen.

Gesetzblatt der Stadt Wien.

Das morgen erscheinende 22. Stück des Gesetzblattes der Stadt Wien, Jahrgang 1936, enthält die Verordnung vom 10. d. betreffend die Arbeit im Gewerbe der Friseure, Raseure und Perückenmacher am Sonntag, den 27. Dezember 1936 und die Verordnung des Bürgermeisters vom 12. d. betreffend die Sonntagsarbeit im Kleinhandelsgewerbe am 20. Dezember 1936. Nach der ersten Verordnung ist den Friseuren, Raseuren und Perückenmachern, die ihr Gewerbe mit dem Standorte in einer Badeanstalt in Wien betreiben, am Sonntag, den 27. Dezember d. J., die gewerbliche Arbeit in ihren Betriebsräumen von 8 Uhr bis 11 Uhr gestattet. Die zweite Verordnung gestattet die Sonntagsarbeit im gesamten Lebensmittelkleinhandel und im gesamten Kleinverschleiss der Lebensmittelherzeugungsgewerbe am Sonntag, den 20. Dezember d. J. (Goldener Sonntag), von 8 Uhr bis 12 Uhr und von 15 Uhr bis 19 Uhr, im sonstigen Warenverschleiss im kleinen von 10 Uhr bis 18 Uhr. Die Bestimmungen des Gesetzes über den achtstündigen Arbeitstag und die Bestimmungen des Sonntagsruhegesetzes betreffend den Ersatzruhetag werden durch diese Verordnung nicht berührt und sind strengstens einzuhalten.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 342
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 16. Dezember 1936.

W i e n e r B ü r g e r s c h a f t
Sitzung vom 16. Dezember 1936.

Die Wiener Bürgerschaft hielt heute unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Richard Schmitz eine nichtöffentliche Sitzung ab, in der Rat Ing. Herrmann über den Gesetzentwurf betreffend die Befreiung von Anliegarbeiträgen bis 31. Dezember 1937 referierte.

Dem Gesetzentwurf wird ohne Debatte zugestimmt.

Rat Dr. Foglar-Debnitzstein berichtet über den Entwurf des Stadtgesetzes betreffend die Einhebung einer Fahrradabgabe, über den wir schon ausführlich berichtet haben.

In der Wechselrede nimmt zunächst Rat Alexander Bauer gegen den Gesetzentwurf Stellung und wünscht die Einführung einer Verwaltungsabgabe verbunden mit Nummernzwang sowie die Einführung des Versicherungszwanges.

Rat Preyer befürchtet, dass ein grosser Teil der 200.000 Fahrradbesitzer in Wien derzeit arbeitslos sei, für die die geplante Abgabe schwer erschwinglich sei. Diese Belastung stehe im Widerspruch mit der Aufhebung der Autosteuer.

Rat Rechberger führt aus, dass die Verkehrsdisziplin der Radfahrer viel zu wünschen übrig lasse. Die mit der Einführung der Abgabe eingehende Abbringung der Kennzeichen wird sicherlich eine Erleichterung im Verkehr bringen. Ebenso wie die Autofahrer haben auch die Radfahrer das grösste Interesse an guten und gepflegten Strassen. Die derzeitige Stadtverwaltung scheut für die Ausgestaltung des Wiener Strassennetzes keine Kosten, sie wird darüber hinaus im eigensten Interesse des Radfahrer selbstständige Radfahrwege anlegen, die bedeutende Kosten verursachen. Redner tritt dem Hinweis auf die Aufhebung der Autosteuer entgegen. Während nämlich die Radfahrer für die Strassenbautätigkeit bisher nichts beigetragen haben, entrichtet das Kraftfahrwesen jährlich rund 130.000.000 Schilling an direkten und indirekten Abgaben. Gewiss aber bedeutet die Abgabe eine Belastung, die in bestimmten Fällen besonders fühlbar würde. Daher ersucht der Redner um Berücksichtigung von kinderreichen Familienvätern, von Lehrlingen, die nur ein geringes Entgelt haben, von Arbeitern, die in verkehrslosen Nachtstunden in ihre Betriebe müssen und ähnlichen sozial rücksichtswürdigen Fällen. Er bittet, für diese Erleichterungen im Gesetzentwurf Vorsorge zu treffen.

Rat Ing. Petravic führt aus, aus Kreisen der Industrie habe man ihm Besorgnisse mitgeteilt, dass durch die Einführung der Fahrradabgabe ein Umsatzausfall entstehen könnte.

Der Berichterstatter erwidert unter anderem, dass er sich den Anregungen des Rates Rechberger bezüglich der Erleichterungen für kinderreiche Familienväter usw. anschliesse. Das Bedenken, sagt der Referent, das gegen die zweimalige Vier-Schilling-Zahlung gegenüber der einmaligen Zahlung von sieben Schilling geltend gemacht wurde, erscheine nicht begründet, da ja die Abstattung der Abgabe in zwei Raten grosse Verwaltungskosten verursache, weshalb der Abgabesatz von sieben Schilling bei einmaliger Zahlung als eine gewisse Prämie anzusehen sei. Aus der grundsätzlichen Zustimmung zum Vorschlag, den Rat Rechberger namens mehrerer Mitglieder der Bürgerschaft vorgebracht hat, ergebe sich aber auch die Notwendigkeit, die Abgabe nicht sofort in Kraft treten zu lassen, sondern die Festsetzung dieses Termines dem Verordnungswege zu überlassen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am.....

Bürgermeister Richard Schmitz erklärt, dass er dem Standpunkte des Referenten beistimme. Um den geäußerten Wünschen gerecht werden zu können, müsse der Gesetzentwurf teilweise umgearbeitet werden, weshalb die Gesetzesvorlage der Wiener Bürgerschaft in der heutigen Sitzung noch nicht zur Beschlussfassung gelangen könne.

Die Bürgerschaft stimmt den Anträgen des Referenten zu.

Magistratsdirektor Dr. Hiessmanner referiert über den Entwurf des Stadtverfassungsgesetzes betreffend die Aenderung der Gebietsgrenzen zwischen der bundesunmittelbaren Stadt Wien und dem Lande Niederösterreich (Einbeziehung von für die Erweiterung des Südwestfriedhofes in Aussicht genommenen, bisher zur Ortsgemeinde Atzgersdorf gehörig gewesenen Gebietsteilen in das Stadtgebiet der bundesunmittelbaren Stadt Wien). Der Referent führt aus, dass die Vorlage infolge der Erweiterung des Südwestfriedhofes erforderlich geworden sei. Von dem Friedhofsbau liegen 342.000 Quadratmeter ausserhalb Wiens, die nunmehr dem Stadtgebiet einverleibt werden sollen.

Rat Grabner referiert über den Entwurf des Stadtgesetzes betreffend Abänderung der Verordnung des Bürgermeisters vom 9. August 1934, L. G. Bl. für Wien Nr. 48, über die Aufnahme von Aspiranten in den Dienst der Stadt Wien. Der Referent teilt unter grossem Beifall des Hauses mit, dass es der Initiative des Herrn Bürgermeisters zu danken ist, diesen Gesetzentwurf einbringen zu können. Er sieht die Erhöhung der Aspirantementlohnung von 50 auf 100, von 70 auf 120 und von 90 auf 140 Schilling vor. Das Gesetz soll am 1. Jänner 1937 bereits in Kraft treten.

Dem Gesetzentwurf wird die Zustimmung erteilt.

Damit ist die Tagesordnung der nichtöffentlichen Sitzung erschöpft. In der darauffolgenden öffentlichen Sitzung wurden unter Vorsitz des Vizebürgermeisters Lahr die Gesetzesvorlagen betreffend die Verlängerung der Frist für die Befreiung von Anliegerbeiträgen, betreffend die Aenderung der Gebietsgrenzen zwischen der bundesunmittelbaren Stadt Wien und dem Lande Niederösterreich und betreffend die Erhöhung der Aspirantementlohnung beschlossen.

.....

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 317
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Ausgabe.

Wien, am 16. Dezember 1936.

Erster Budgetbericht. Sitzung vom 16. Dezember 1936.

Die Wiener Bürgerschaft begann heute unter dem Vorsitz des Vizebürgermeisters Lahr die Beratung über den Voranschlag der Stadt Wien und die Wirtschaftspläne der städtischen Unternehmungen für das Jahr 1937, den Rechnungsabschluss der Stadt Wien und die Bilanzen der städtischen Unternehmungen für das Jahr 1935, sowie den Bericht des Rechnungshofes und des Kontrollamtes zum Rechnungsabschluss und zu den Bilanzen der städtischen Unternehmungen.

Die Generaldebatte und zugleich Spezialdebatte über das Hauptstück "Finanzamt" leitete der stellvertretende Leiter des Finanzamtes Senatsrat Dr. Leppa mit einer ausführlichen Uebersicht über den Voranschlag 1935 ein. Er führt aus, dass in der laufenden Bebarung 313 Millionen Schilling Ausgaben und 299 Millionen Schilling Einnahmen vorgesehen wurden. Hiezu kam als zweite Rate des Investitionsprogrammes 1934/35 ein Ansatz von 34 Millionen Schilling, für dessen Deckung die Inanspruchnahme von Hypothekarkrediten vorgesehen war. Insgesamt war sonach ohne die nachträglich genehmigten neuen Kredite und ohne Nachtragsvoranschlag mit Gesamtausgaben von 347 Millionen Schilling, mit Gesamteinnahmen von 333 Millionen Schilling, sonach mit einem Abgang von rund 13 Millionen Schilling zu rechnen. Nach dem vorliegenden Rechnungsabschluss beliefen sich die tatsächlichen Ausgaben der Gebühr nach und einschliesslich des erweiterten Investitionsprogrammes auf rund 351 Millionen Schilling und die Einnahmen auf rund 352 Millionen Schilling. An Stelle des im Anschlag gebrachten Defizites ergab sich sonach nicht nur eine ausgeglichene Gebarung, sondern darüber hinaus auch ein kleiner Ueberschuss von rund 250.000 Schilling, allerdings um den Preis einer Erhöhung der kurzfristigen Verschuldung. Besondere Beachtung verdient hierbei die Tatsache, dass die Wiener Bürgerschaft am 1. März 1935 angesichts der gültigen Auswirkungen schon der wenigen Monate des ersten Programmjahres einen Ausbau des Investitionsprogrammes auf ein Gesamtfordernis von 91 Millionen Schilling beschlossen hat und dass an Stelle der voranschlagten Programmrate von rund 34 Millionen Schilling 41 Millionen Schilling angewiesen werden konnten.

Der Referent bespricht sodann die Berichte des Rechnungshofes und des Kontrollamtes über die Gebarung der Stadt Wien 1936 und wendet sich nachher der Erläuterung des Voranschlages 1937 zu, dessen Ausgaben mit 391 Millionen Schilling und Einnahmen von 371 Millionen Schilling veranschlagt sind. Für die Fortführung des Arbeitsbeschaffungsprogrammes sind einschliesslich neuer Vorhaben mehr als 36 Millionen Schilling mit gleich hoher Deckung vorgesehen. Hierauf erläutert der Referent eingehend die Posten des Hauptstückes "Finanzamt" und beantragt schliesslich die Genehmigung der ziffermässigen Ergebnisse des Hauptstückes "Finanzamt" der Jahresrechnung 1935, der Ansätze des Hauptstückes "Finanzamt" des Voranschlagsentwurfes für das Jahr 1937 sowie die Kenntnisnahme des Berichtes des Rechnungshofes und des Wahrnehmungsberichtes des Kontrollamtes zum Rechnungsabschluss.

Die Verhandlungen werden hierauf abgebrochen.

Nächste Sitzung morgen, Donnerstag.

.....

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 244
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 17. Dezember 1936.

Spendet für die Wiener Winterhilfe!

Morgen, Freitag, und übermorgen, Samstag, findet in Wien eine Strassensammlung zugunsten der Wiener Winterhilfe statt. Die Bevölkerung wird eingeladen, sich an der Sammlung rege zu beteiligen und durch möglichst reichliche Spenden diese wichtige Wohlfahrtsaktion zu fördern, an der 150.000 bedürftige Haushalte oder rund 375.000 Menschen teilnehmen. Jeder Spendenbetrag fliesst unmittelbar den Notleidenden zu.

Musik und Tanz im Dienste der Josefstische.

Mittwoch nachmittags fand im Akademietheater unter der Devise "Eine Stunde Musik und Tanz" eine kunstlegisch bedeutsame Veranstaltung zugunsten der Josefstische statt, die unter dem Ehrenschatze der Fürstin Nora Fugger-Babenhausen und der Gräfin Johanna Hartenau-Battenberg stand. Nach der von den Wiener Philharmonikern unter der Leitung von Carl Alwin wundervoll vorgetragenen Ouvertüre zu "Figaros Hochzeit" von W.A. Mozart hinterliess die dramatische Szene "Eine Mutter vor Gericht", die von der ehemaligen berühmten Mimikerin der k.k. Hofoper Marie Schleinzer-v. Hortenau dargestellt wurde, tiefen Einaruck, ebenso die von dieser Künstlerin vorge-tragenen Wiener Lieder. Die Klavierbegleitung besorgte Erich Meller. Dann zeigte das Staatsopernballett in Mozarts Schäferspiel "Le petit riens" und "Geschichten aus dem Wienerwald" von J. Strauss seine unerreichte Kunst. Die Spielleitung lag in den Händen Willy Fränzls, während die Wiener Philhar-moniker unter Carl Alwin begleiteten. Das volle Haus, in dem sich die beste Gesellschaft Wiens eingefunden hatte, spendete den Darbietungen begeisterten Beifall. Der Erlös wird zur Gänze den unter der Leitung der Gattin des Bür-germeisters, Frau Josefine Schmitz stehenden Josefstischen zugeführt.

Zweiter Budgetbericht.

Sitzung der Wiener Bürgerschaft vom 17. Dezember 1936.

Die Wiener Bürgerschaft setzte heute die Budgetberatung unter dem Vorsitz des Vizobürgermeisters Lahr fort. In der Spezialdebatte zum Hauptstück "Finanzamt", die zugleich Generaldebatte ist, beschäftigte sich zunächst Rat Elsinger mit der Frage der Arbeitsbeschaffung und deren Kostenbedeckung und meint, dass das System des ausgeglichenen Budgets für Oesterreich und für die Stadt Wien mindestens derzeit empfehlenswert sei. Nichtsdestoweniger sei eine langfristige Investitionsanleihe ein gangbarer Ausweg. Zur Lösung des grössten Problems unserer Zeit, der Arbeitslosigkeit, müsse jedes Mittel versucht werden und es sei vollkommen richtig, der künftigen Generation die Tilgung einer Anleihe aufzulasten, die die Arbeitslosigkeit bannen und damit im weiteren Verlaufe grosse Gefahren vom Vaterland abhalten könne. Wenn wir die Ausbreitung umstürzlerischer Aspirationen bannen wollen, müssen wir das Grundübel bekämpfen, wofür uns die künftige Generation dankbar sein werde. Der Wirtschaft seien durch Zollmauern, Clearingübereinkommen und Handelsverträge die Hände gebunden, weshalb sie die Hilfe der öffentlichen Hand in Anspruch nehmen müsse. Redner tritt für die Verwendung sämtlicher allfälliger Mehreingänge des Jahres 1937 für arbeits-schaffende Investitionen ein, empfiehlt eine Verbilligung der Kreditkosten und nach Möglichkeit Milderungen bei der Fürsorgeabgabe, Mietaufwandsteuer und Hausgroschenabgabe. Das Kanzlerwort "Wirtschaft hat vor der Politik zu stehen", sagt der Redner, lasse ihn mit Vertrauen in die Zukunft blicken. Er setze in Bürgermeister Schmitz, der für die Wirtschaft bisher mehr als ein übriges getan hat, das grösste Vertrauen und bitte ihn, der Lösung der

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am

Frage der Arbeitsbeschaffung sein grösstes Augenmerk zuzuwenden. Bei diesem Werk wurde die gesamte Wirtschaft geschlossen hinter dem Bürgermeister stehen.

Rat Stubenvoll führt aus, dass die Stadt Wien im Vorjahre sehr viel für die Arbeitsbeschaffung geleistet habe. Solange es aber noch Not und Elend gebe, müsse alles unternommen werden, um auch diese Sorgen zu meistern. Gerade im Bauwesen könne die Arbeitslosigkeit bedeutend herabgesetzt werden und es liege an der Stadt Wien, die Wohnbauförderung zu intensivieren. Wenn Wien hier die Initiative ergreife, werde sich die Privatwirtschaft ebenfalls entschliessen, Wohnhausbauten aufzuführen, wobei insbesondere der Bau von Kleinwohnungen und Kurzarbeitersiedlungen noch mehr als bisher zu fördern wäre. Ausländische Zeitungen erörtern auch das Projekt einer Untergrundbahn in Wien; ein solches Vorhaben würde ebenfalls sehr viel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beitragen.

Nach einigen gegenständlichen Bemerkungen des Vorsitzenden Vizebürgermeisters Lahr übernimmt Vizebürgermeister Dr. Kresse den Vorsitz.

Rat Ing. Herrmann spricht vom Standpunkte der Bauunternehmer und meint, eine der wichtigsten politischen Aufgaben sei, dem grössten Teil der Arbeitslosen Arbeit zu geben. Eine fühlbare Belebung der Bautätigkeit könne jedoch nur durch weitgehende und grosszügige Bereitstellung öffentlicher Mittel erreicht werden. Redner verweist auf ein von zahlreichen technischen Korporationen gemeinsam aufgestelltes Arbeitsbeschaffungsprogramm, das unter anderem den Umbau alter Wohngebäude in den inneren Bezirken, den Bau von Familienhäusern auf den freien Baustellen der Cottagevierteln und endlich den Bau von Siedlungen sowie eine zweckmässige Kreditbeschaffung für diese Bauvorhaben vorsieht. Redner bittet den Bürgermeister, so wie bisher der Bauwirtschaft sein besonderes Augenmerk zuzuwenden.

Rat Diestler bezeichnet es als Aufgabe des Handels, alle Vorschläge der Wirtschaft, die eine Belebung des Arbeitsmarktes zum Ziele haben, aufmerksam zu verfolgen. Der Handel ist daran sehr interessiert, weil mit der Belebung der Gesamtwirtschaft auch die Arbeitslosigkeit im Handelsgewerbe gemildert würde. Er ersucht, das Arbeitsbeschaffungsprogramm dahin zu ergänzen, dass noch mehr kleine Meister und Gewerbetreibende mit zum Zuge kommen

Strassenbahnkartenvorverkauf am Goldenen Sonntag.

Die Kartenvorverkaufsstellen der städtischen Strassenbahnen sind am kommenden Sonntag (Goldener Sonntag) von 8 Uhr bis 14 Uhr geöffnet.

Am 24. Dezember (heiliger Abend) sind die Vorverkaufsstellen bis 17 Uhr 30, am 26. Dezember (Stephanietag) von 8 Uhr bis 14 Uhr offen. Am 25. (Christtag) und 27. Dezember sind die Kartenvorverkaufsstellen geschlossen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt

Wien, am

Rat Knellinger spricht für die Berufsgruppe der Angestellten des Handels, er beklagt die Missachtung der Vorschriften über den Ladenschluss und die Sonn- und Feiertagsheiligung, hält den Verkauf am Silberrn Sonntag im Lebensmittelhandel für unnötig und erklärt die Sonntagsheiligung möge nur bei Bestehen einer wirklichen Notwendigkeit hierfür aufgehoben werden. Auch diese Fragen müssten im Einvernehmen mit der Angestelltenschaft behandelt werden. Heuer werde sogar das Aufsperrn der Lebensmittelgeschäfte am ersten Weihnachtsfeiertag erwogen und dagegen müsse man entschieden Stellung nehmen. Die Angestelltenschaft sei bestimmt gewillt, alles zu tun um ihrerseits am Aufbau und Neubau Oesterreichs mitzuwirken. Er hoffe aber auch Verständnis für ihre Wünsche und Sorgen, sie erhoffe, das insbesondere vom Herrn Bürgermeister, der das wichtige Referat der sozialen Verwaltung aus eigener Anschauung kennt. Die Angestelltenschaft bittet, ihre Bestrebungen im Sinne der sozialen Gerechtigkeit zu unterstützen.

Rat Kastl als Vertreter der kulturellen Gemeinschaft der katholischen Volkskreise betont, dass alle Fragen, die den Wiederaufbau Wiens zum Ziele haben, im christlichen Geiste und der bewährten Tradition gemäss, wie sie der grosse Volksbürgermeister Lueger übte, behandelt und gelöst werden müssen. Im Vordergrund stehen, wie während dieser Debatte so oft betont wird, die Probleme Stollunglosigkeit und Wohnungsnot. Aus der Art der Behandlung dieser Zeitfragen bildet sich die Bevölkerung ihr Urteil über den neuen Geist Wiens und seiner Verwaltung. Der Redner verweist darauf, dass der Glaube an eine gute Zukunft eine Stärkung erfahre durch die Tatsache, dass beispielsweise während der letzten drei Jahre dreitausen junge Leute neue dauernde Anstellung und über sechstausend Saisonarbeit und Verdienst gefunden haben. Im Jahre 1936 wurden 40.000 Vermittlungen ständig oder saisonweise durchgeführt. Hierbei habe die Stadtverwaltung an die Jugend und an die Familienerhalter gedacht. Redner lobt das ernste Bemühen der Stadtverwaltung, weiterhin die Wohnungsnot abzuhefen, bezeichnet das Fortbestehen des Systems der sogenannten Ablösen von Wohnungen als einen in der Wiener Bevölkerung schwer empfundenen und vielfach kritisierten Uebelstand und betont, dass die Nichtaufnahme kinderreicher Familien seitens einiger Hauseigentümer als Sabotageakt verurteilt werden müsse. Die katholischen Volkskreise bitten den Bürgermeister, in allen diesen Fragen nach wie vor ihr unerschrockener Anwalt zu sein. Durch zielbewusste Arbeit und den Glauben an die Heimat und seinem Führer muss erreicht werden, Wien und sein Volk wieder zufriedener und glücklicher zu machen.

Frau Rat Dr. Motzko verweist zu dem Kapitel Arbeitsnot auf die Statistik, aus der sich ergebe, dass die Zahl der Beschäftigungslosen seit dem Jahre 1929 ^{infolge der Weltwirtschaftskrise} von 82.000 auf nahezu 200.000 gestiegen ist. Die grosse Gefahr liege darin, dass die Arbeitsnot nicht so wie früher eine vorübergehende, sondern eine dauernde Erscheinung geworden ist. Die Stadtverwaltung hat sich mit Erfolg bemüht, Arbeit und Verdienst zu schaffen und auch den Mut gehabt, die Mittel hierfür bereitzustellen. Die Stadt Wien bedarf einer Erneuerung im Sinne der Tradition, für die die frühere Verwaltung nichts übrig hatte. Im Voranschlag trete der Wille hervor, die Ueberalterung der Stadt wegzuschaffen, sie wieder einzugliedern in dem grossen Weltverkehr, damit sie allen Ansprüchen in Kultur und Wirtschaft genügen könne. In diesem Zusammenhang verweist die Rednerin auf die vielen Neuschöpfungen der derzeitigen Stadtverwaltung.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IV. Blatt.

Wien, am _____

Rat Rechberger befasst sich mit der Arbeitsbeschaffung und der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Wien. Die Arbeitslosen-Ziffern mahnen zu den äussersten Anstrengungen. Auf dem Gebiete der Arbeitsvergebungen ist die Stadtverwaltung beispielgebend vorangegangen, als sie/ ^{beschloss} auf Initiative des Herrn Bürgermeister's zunächst die Bonität der Lieferungsfirmen in sozialer und in arbeitsrechtlicher Hinsicht festzustellen. Um einen ausgeglichenen Haushalt zu haben, müsse man erwägen, grosse Kredite für die Arbeitsbeschaffung aufzunehmen, auch bei langfristigen Investitionsanleihen brauche ein ausgeglichener Haushalt nicht in die Brüche zu gehen. Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wäre auch an die Einführung der Vierzigstundenwoche zu denken und die Betriebe der öffentlichen Hand, insbesondere der Stadt Wien, hätten zu überlegen, ob und inwieweit sie auf diesem Gebiete beispielgebend vorgehen können. Redner bittet den Bürgermeister, die Anregung zu beachten auf Einsetzung einer Studienkommission durch die Stadt Wien, die nicht bloss die Durchführbarkeit der Vierzigstundenwoche in ihren Betrieben, sondern auch alle Möglichkeiten der Arbeitsbeschaffung und der Unterbringung von Arbeitslosen zu untersuchen hätte. Ein weiteres Mittel zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit erblickt Redner in der Bekämpfung des Doppelverdiener-tums und in einer grosszügigen Propaganda für Arbeitsbeschaffung. Weiter bespricht er die Frage der arbeitslosen Jugend und zeigt die Gefahren dieser sozialen Erscheinung auf. Um der Jugend auch auf dem Gebiete der Lehrlingsheranbildung zu helfen, soll die Stadt Wien in ihren Betrieben die Lehrlingshaltung einführen und auch Lehrwerkstätten errichten. Redner befasst sich mit Feststellungen der Jugendgerichtshilfe über die Not der Jugend besonders über die Not der Kinder arbeitsloser Eltern und wendet sich gegen einzelne unsoziale Unternehmer.

Rat Dr. Herberth polemisiert gegen die Ausführungen des Vorredners in Bezug auf ^{die doch nur Einzelfälle seien,} unsoziale Unternehmer, und bespricht Wünsche und Beschwerden des Wiener Handels. Vor allem bittet er den Bürgermeister, das sogenannte "Aktionenwesen" von den Aemtern und Betrieben der Stadt Wien möglichst fernzuhalten, da diese Verkaufsaktionen in Privatbetrieben und in öffentlichen Aemtern die Interessen des legitimen Handels beeinträchtigen. Eingehend befasst sich der Redner mit gewissen Schwierigkeiten der Kreditbeschaffung des Wiener Handels und teilt mit, dass Bemühungen im Gange sind, etwa nach dem Muster der gewerblichen Kreditgenossenschaften auch für die Wiener Kaufleute eine Kredithilfe zu schaffen. Hiefür erbittet Redner die Unterstützung des Bürgermeisters. In Besprechung der Preissenkungsaktion für lebenswichtige Artikel und der anerkannten Opferbereitschaft des Handels wendet sich der Redner gegen unbegründete und ungerechte Behauptungen, die in der Öffentlichkeit über die Lage des legitimen Handels geäussert wurden. Zum Schlusse verweist Redner auf die schwierige Lage des Wiener Kleinhandels.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

V. Blatt.

Wien, am _____

Rat Dr. Trautzl: Als Vertreter der kulturellen Gemeinschaft für Volksbildung und Unterricht bin ich an anderen Budgetposten interessiert, als die Mehrzahl meiner Vorredner. Dass für die Schule von der Stadtverwaltung nach besten Kräften gesorgt wird, verbürgen nicht nur die zahlenmässigen Ansätze, sondern auch die erprobte Schulfreundlichkeit der Stadtverwaltung des Herrn Bürgermeisters. Ganz besonderer Dank gebührt aber dem Herrn Bürgermeister wohl dafür, dass er in einer Zeit erschreckend sinkender Schülerzahl in den letzten zwei Jahren ermöglicht hat, junge Lehrer in den Dienst der Schule aufzunehmen. Nun steht die Stadtverwaltung vor dem Problem der Weiterbeschäftigung der jetzt angestellten Lehrer. Wir können nur hoffen, dass der Aufbau Hand in Hand geht mit einem ethischen sittlichen Aufbau und dazu brauchen wir den Idealismus der Jugend und der Junglehrerschaft. Mögen sie das in sie gestellte Vertrauen rechtfertigen. In naher Verwandtschaft mit dem Unterrichtswesen steht die Volksbildung. Wir haben durch die Verabschiedung des Volksbildungsgesetzes für Wien der Volksbildung eine gesunde Grundlage gegeben. Im Voranschlag ist eine verhältnismässig hohe Summe für die Volksbildung, fast 450.000 Schilling aufgenommen. Ich möchte trotzdem an den Herrn Bürgermeister die Bitte richten, so weit es möglich ist, die Volkseildungstätigkeit in verstärktem Masse auf verschiedenen Gebieten zu unterstützen. Ich zähle zur Volksbildung im weiteren Sinne auch die Kunstförderung der Stadt Wien. Im Jahre 1936 wurde hiefür ein Betrag von 100.000 Schilling ausgegeben. Aber angesichts des erschütterten Elends, das in weiten Künstlerkreisen herrscht, muss diese Summe doch als unzulänglich bezeichnet werden. Die Künstler wollen keine Almosen, sie wollen Arbeitsmöglichkeit. Diese Frage kann nicht von heute auf morgen gelöst werden, aber man kann den Künstlern Arbeitsmöglichkeit dadurch geben, wenn man die Allgemeinheit wieder für die Künstler zu interessieren versteht. Dies wurde bei den Bauvorhaben der letzten Zeit durchgeführt und ich möchte bitten, auf diesem Gebiete weiter fortzuschreiten und auch in diesem Sinne Einfluss auf das Baukapital zu nehmen. Es ist unsere Aufgabe dafür zu sorgen, dass auch in der Gegenwart entsprechende kulturelle Werte geschaffen werden, damit Wien nicht nur vom Ruhme der Vergangenheit zehren muss.

Rat Rauch: Es kommt mir nicht richtig vor, dass hier in diesem Hause, wo die ständischen Einrichtungen zum Ausdruck kommen sollen, so viel hinüber und herüber gesprochen wird. Die Kollektivverträge helfen nicht allein vor Ungerechtigkeiten, sie müssen auch eingehalten werden. In letzter Zeit sind verschiedene Dinge über Betriebe bekannt geworden, die sich nicht nach den Kollektivverträgen halten und schliesslich auch noch dem Staate die Steuern schuldig bleiben. Solche Betriebe müssen von allen Seiten bekämpft werden. Es wird davon gesprochen, dass die Arbeitslosigkeit abgebaut werden soll. Man könnte da mehr darauf sehen, dass bei den Strassenbauten der Gemeinde ^{Maschine mehr ausgeschaltet} von den Unternehmern die/ wird. Man sieht bei Strassenbauten Parks von Maschinen, aber zu wenig Arbeiter. Es soll darauf gesehen werden, dass weniger Maschinen und mehr Menschen beschäftigt werden.

Rat Effenberger: Ich spreche für einen Stand, den Gewerbebestand, der in der heutigen Zeit, wo es sehr viele Lasten auf sich genommen hat, aber verhältnismässig sehr wenig Rechte besitzt. Der Gewerbebestand in Wien unterliegt zum Grossteil einer derartigen Verschuldung, dass es auf die Dauer unerträglich erscheint.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VI. Blatt.

Wien, am

Durch das Arbeitsprogramm des Bundes und der Stadt Wien für 1937 wird das Gewerbe wohl auch zum Zuge kommen. Wir sind dem Bürgermeister und der Verwaltung sehr dankbar, dass in den letzten zwei Jahren das Gewerbe in öffentlichen Arbeitsvergaben stark beschäftigt wurde. Dadurch wurde ein Teil der Not gelindert. Aber die öffentliche Arbeitsbeschaffung allein kann dem Gewerbe nicht helfen. Der Gewerbestand soll wieder in die Lage versetzt werden, Arbeiter zu beschäftigen. Redner bespricht sodann die Lehrlingshaltung in gewerblichen Betrieben. Er tritt dafür ein, dass die Fürsorgeabgabe auf eine neue Basis gestellt werden soll,

etwa nach dem Beispiel der Neuordnung der Gewerbeumlage des Gewerbeverbandes der Stadt Wien auf der Basis der bezahlten Steuer des letzten Jahres bemessen werden. Redner bittet das Finanzamt der Stadt Wien diese Frage zu prüfen.

Frau Rat Wolfring bespricht Fragen der Kultur und Kunst, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und hebt die positive Arbeit der Stadt Wien, die Politik der Stadtverwaltung zum Schutze der Familie und der Hemmung ~~und~~ des Geburtenrückganges hervor. Der Gedanke der kinderreichen Familien muss in Oesterreich wieder zu Ehren kommen. Rednerin dankt dem Bürgermeister im Namen der Mütter Wiens, dass er in den Vordergrund seiner sozialen und Fürsorgepolitik die Familienpolitik gestellt hat. (Grosser Beifall). Wir haben einen Kontrast in der Wiener Bevölkerung. Der Herr Bürgermeister baut Familienasyle, um Arbeitslosen Familien ein Heim zu schaffen, ihnen die Kinder zurück zu geben. In fünf Familienasylen wohnen 531 Familien mit 1640 Kindern und in der Inneren Stadt gibt es ganz Häuserreihen, wo keine Kinder sind, dafür in einer einzigen Gasse 74 Hunde. Dieser Kontrast zeigt, dass die gutgestellten Ehepaare sich von der Familie abkehren, in einer Selbstsucht, die die verheerendsten Folgen hat. Den armen kinderreichen Familien hilft unser Bürgermeister, wohl wissend, dass ^{das Volk} von Oesterreich nicht aus Parasiten besteht, sondern aus den kinderreichen Familien, die es begreifen, dass der Zweck der Familie ein heiliger ist. (Grosser Beifall.) Die Familienfürsorge des Bürgermeisters kommt auch zum Ausdruck in der Errichtung von Schwangerberatungsstellen, von Kinderhorten und anderen Einrichtungen, die den Schutz der Familie bezwecken, wohl wissend, dass der Schutz der Familie auch der Schutz des Staates ist. Rednerin bittet den Bürgermeister weiterhin aufklärend zu wirken, damit Zustände beseitigt werden, die im christlichen deutschen Oesterreich zum Himmel schreiben. In Wien gibt es heute noch Anstalten und Aerzte, die sich dazu hergeben, das keimende Leben abzutreiben. Im ^{christlichen} Oesterreich

verlangen wir die Abstellung solcher Misstände. Wollen wir aber die Familie aufbauen, dann müssen wir auch für einen gesunden Lebensraum sorgen. Deshalb muss der Unfug der Ablösen andlich abgeschafft werden. Junge Leute

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VII. Bogen.

Wien, am

können nicht heiraten, keine Familie gründen, weil sie die paar tausend Schillinge der ^{ablässe} Wohnung nicht besitzen. Es wäre eine Tat von weittragender Bedeutung, wenn hier Wandel geschaffen würde, Rednerin appelliert schliesslich an die Vertreter der Stände, die hier in der Bürgerschaft vereinigt sind, überall dort, wo es gilt, die Familie zu schützen, helfend einzugreifen. Erst dann werde die hohe Mission des Bürgermeisters zum Durchbruch kommen der grosse Familienpolitik leistet.

Rat Petravic befasst sich mit Fragen der Arbeitsbeschaffung und betont, dass auch die Industrie sich vollständig ihrer Verantwortung dem Volk gegenüber bewusst ist.

Die Verhandlungen werden abgebrochen.

Nächste Sitzung morgen, Freitag.

.....

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 345
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 18. Dezember 1936.

Dritter Budgetbericht

Sitzung der Wiener Bürgerschaft vom 18. Dezember 1936.

Zum Abschluss der Generaldebatte nahm heute Bürgermeister Richard Schmitz in der Budgetsitzung der Wiener Bürgerschaft zu den in der Wechselrede aufgeworfenen Problemen eingehend Stellung: Einzelne Redner haben ihrer Freude über die Ausgeglichenheit des Budgets für 1935 Ausdruck gegeben und aus der Gegenüberstellung des voranschlagten Abganges mit gewissen geringen Überschüssen Folgerungen abgeleitet. Ich muss leider darauf aufmerksam machen, dass der Ausgleich ja nur mit Hilfe von geliehenem Gelde erfolgt ist. Wir haben also noch kein aktives Budget. Nun kann man sagen: gewiss die Stadt Wien bringt eben schwere und grosse Opfer für die Arbeitsbeschaffungspolitik. Wir müssen aber den Abgang in einem Voranschlag, wenn wir ihn schon nicht in diesen Tagen des Wiederaufbaus gleich ganz wegbringen können, doch in den engen Grenzen halten, die der Kredit der Stadt Wien trägt.

Mein unmittelbarer Vorredner hat an eine Aeusserung von mir erinnert, dass es vor allem die Aufgabe der Privatwirtschaft ist, ihre Leistungsfähigkeit zu erhöhen, um den Grossteil der Arbeitslosen aufnehmen zu können. Zu diesem Grundsatz bekenne ich mich heute und in Zukunft. Ich glaube nicht daran, dass man nur auf dem Wege der öffentlichen Arbeitsbeschaffung eine so grosse Arbeitslosigkeit aufsaugen könne. Jeder, der sich dieser Meinung hingibt, ist auf einem verhängniss-^{vollen} Irrweg. Der Bürgermeister erörtert nun die Hauptursachen der Wiener Arbeitslosigkeit und weist auf den Zusammenbruch des alten Oesterreich-Ungarn hin. Alle die gutmeinenden Kritiker, die die Verkehrseinrichtungen in Wien mit denen in sechsmal grösseren Staaten vergleichen, begehen einen Denkfehler. Wir haben nicht einmal den Inlandsverkehr, der Oesterreich entspricht. Wir haben nur den der Wiener hinaus, aber nicht den der Nichtwiener herein. Möge man sich doch die Veränderung unserer Situation als Hauptstadt in Erinnerung bringen! Ich brauche nicht erst erinnern, dass grosse Direktionen, die einst viele Tausende von Angestellten und Hilfskräften beschäftigten, unter politischem Druck von Wien wegverlegt wurden. Nur die Arbeitslosen sind zurückgeblieben. Ich brauche nicht erst an die Zersplitterung des alten Wirtschaftsgebietes erinnern, an die Entstehung vieler neuer und hoher Zollgrenzen, an alle die Schwierigkeiten, die daraus entstanden sind. Die schmerzlichen Folgen dieser geschichtlichen Tatsachen können nicht vom Wiener Rathaus gutgemacht werden. Auch der österreichischen Regierung ist nicht alles möglich. Für verlorene Verdienstmöglichkeiten haben wir einen grossen Ersatz schaffen können: die Steigerung des Fremdenverkehrs. Vergessen wir nicht, dass hier eine ganz grosse Leistung vollbracht wurde, die eine nachhaltige Verbesserung der Wirtschaft unseres Landes und unserer Stadt darstellt.

Wir haben dann ein Erlebnis gehabt, das über Wien noch verheerender als über das übrige Oesterreich hinweggerollt ist, nämlich die Goldentwertung. Und alle, die mit solchen Ideen spielen, erinnere ich daran, wenn Wien heute eine arme Stadt ist, so ist zu mehr als der Hälfte die Goldentwertung daran schuld.

Gegen diese drei Hauptursachen der Krise: Zerfall des Reiches, Zerstörung des Wirtschaftsgebietes, Goldentwertung, ist als Erfolg neben der neuen Blüte des Fremdenverkehrs die Handels- und Wirtschaftspolitik zu nennen die der verewigte Kanzler Dr. Dollfuß eingeführt und sein Nachfolger mit Teilkraft und Erfolg fortgeführt hat. Hohe Zölle, Einfuhrverbote, Kontingentierung

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am

und Devisenvorschriften in anderen Staaten, die unsere Ausfuhr hindern, muss Oesterreich trachten, im Verhandlungswege möglichst abzuschwächen. Früher machte man allgemeine Handelsverträge, einen Zolltarif, dann ein paar Ausnahmen in den Handelsverträgen und hatte auf Jahre hinaus eine Rechtsbasis geschaffen, die sich lange nicht änderte. Jetzt ändert sich die Rechtsbasis oft schon in Monaten. Den Leistungen, die unsere Bundesregierung in den letzten drei bis vier Jahren gerade auf diesem heiklen Gebiete vollbracht hat, soll man die Anerkennung nicht versagen. Sehr viel ist geschehen, und wir sind zweifellos auf guten Wegen. Gewiss wäre es nützlich und erspriesslich, wenn wir zu einer grösseren Freiheit im Güterverkehr kämen, doch hängt das nicht von uns ab und ist überdies der praktische Uebergang hier sehr schwer. Ob eine Wirtschaftspolitik gut oder schlecht ist, muss nach Ablauf einer längeren Bewährungsfrist beurteilt werden, nicht nach **Einjahreserfolgen**. Darnach sind auch die Beobachtungen in anderen Staaten in ihrer Bedingtheit genau zu betrachten. In unserem Staat stellen wir den Grundsatz der Solidität und der Lebensfähigkeit der Wirtschaftspolitik voran.

Einer der Herren Redner machte die Bemerkung, wo denn eigentlich die Initiative der Privatwirtschaft zu sehen sei. Dieses Wort hat mich sehr betroffen gestimmt. Denn es ist etwas daran. In den Erörterungen über die Arbeitsbeschaffung besteht die Gefahr, dass man allzu einseitig auf den Staat und auf die Stadt schaut. Öffentliche Arbeitsbeschaffung kann zweifellos in der Regel nur zusätzlich sein, beloben und anregen, sie kann aber nicht ersetzen, was die Privatwirtschaft in Oesterreich und in der Welt zu leisten hat. Wenn man aber den Rahmen, der der öffentlichen Arbeitsbeschaffung durch das Wesen der Dinge gezogen ist, sprengt, begibt man sich auf eine schiefe Ebene, an deren Ende eine noch grössere Arbeitslosigkeit aufscheint, nur dass der Wiederaufstieg dann noch schwieriger wäre. Kein Zweifel, unsere Stadtverwaltung hat getan, was sie tun konnte, um Arbeit zu beschaffen. Einige Daten sollen das darlegen. Wenn das geschieht, so deswegen, weil wir doch unsere eigenen Leistungen nicht verkleinern sollen.

Der Stadtverwaltung ist es gelungen, die Zahl der unterstützten Wiener Arbeitslosen, gezählt am Stichtag 15. Oktober, von 110.000 auf 93.000, also um 17.000 Arbeitslose zu verringern. Was könnten wir nun tun, um in den kommenden Jahren einen noch grösseren Erfolg zu erzielen? Ein Redner hat die Einführung der Vierzigstundenwoche empfohlen. Ich verhehle Ihnen meine Bedenken nicht. Die Vierzigstundenwoche könnte vielleicht in einzelnen Branchen und Betrieben von Erfolg sein, aber ich glaube nicht, dass sie ohne die Folgewirkung einer Kürzung der ohnehin nicht sehr hohen Löhne abginge. Daher kann ich dieses Mittel nicht als richtig und zielführend betrachten. Seit den Erfahrungen mit der Achtstundentagskonvention habe ich auch nicht mehr das ganze Vertrauen in etwaige internationale Abmachungen über die Vierzigstundenwoche.

Eine ernste Beachtung verdient der Hinweis darauf, dass immerhin gelegentlich öffentliche Aufträge von einer Firma statt mit Neueinstellungen von Arbeitern mit Hilfe von Ueberstunden ausgeführt werden. In diesem Hinweis steckt ein Vorwurf, der allerdings nicht allein den Unternehmer trifft, der dies nicht machen könnte, wenn nicht die Belegschaft mittäte, die eben gerne etwas mehr verdienen möchte. Das braucht man ihr nicht verargen, vom allgemeinen Standpunkt aber sind solche Erscheinungen nicht zu begrüssen. Ich erkläre daher, dass wir uns überlegen werden, in welcher Weise bei den Arbeitsvergebungen des Jahres 1937 die Vermeidung von Ueberstunden zwecks Einstellung von Arbeitslosen erreicht werden könnte. Eine restlose Auswirku

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt

Wien, am.....

kann nicht stattfinden, da z. B. die Zahl der Facharbeiter beschränkt ist. Ein aufreizender krasser Gegensatz besteht ja leider zwischen der grossen Zahl der Arbeitslosen und den öffentlichen Klagen über den Mangel an Facharbeitern. Hier sind Versäumnisse begangen worden, und zwar, nehmen Sie es mir nicht übel, von manchen Kreisen der Wirtschaft selbst, die doch das grösste Interesse daran hat, für Facharbeiternachwuchs zu sorgen. Tausende Arbeitslose könnten Arbeit finden, wenn sie zu Facharbeitern ausgebildet wären. Das Sozialministerium beschäftigt sich schon mit dieser Frage, ich richte an die Wirtschaft den Appell, sie möge diese Bemühungen ernstlich unterstützen.

Man hat in der Debatte gemeint, es sollte die Bautätigkeit besonder gefördert werden. Ich bin sehr dafür. Doch lehrt die wirtschaftsgeschichtliche Erfahrung, dass zwischen Bautätigkeit, Intensität der Wirtschaft und Volkswohlstand ein Zusammenhang besteht, der durch künstliche Eingriffe nicht ersetzt werden kann. Der Nutzbau hat bei uns sehr nachgelassen: wir haben mehr leerstehende Fabriken als Fabriksneubauten; damit fällt ein sehr grosser Teil der Möglichkeit weg, das Baugewerbe zu beschäftigen.

Was die Wohnbautätigkeit anlangt, so kann heute niemand sagen, wie gross eigentlich die Wohnungsbedürftigkeit ist, die heute herrscht. Wie man diesem Umstande beikommen könnte, ist noch in Prüfung. Hier ist aber eine wichtige Aufgabe zu erfüllen. Ebenso hinsichtlich des Ersatzes der jährlich demolierten billigen Kleinwohnungen. Der Voranschlag enthält Ansätze dazu. Ich wünsche, dass eine günstigere Gestaltung der Einnahmen und Ausgaben es ermöglichen solle, diese Pläne grosszügiger durchzuführen.

Was die Beschäftigung des Baugewerbes und der Bauarbeiter in Wien anlangt, so kann man erfreulicherweise immerhin günstigere Feststellungen machen, als die verschiedentlich in der Öffentlichkeit geäussert wurden. Die Statistik der krankenversicherten und arbeitslosen Bauarbeiter für die Jahre 1933, 1934 und 1935 diene als Grundlage. Im September 1933 waren in Wien von 28.000 Bauarbeitern 13.781, also etwa die Hälfte, arbeitslos, im September 1934 immer noch 13.542 Arbeitslose, also etwa der gleiche Stand. Dagegen betrug die Zahl der arbeitslosen Bauarbeiter im September 1935 in Wien nur 5.917, also 21 Prozent. Die Arbeitslosigkeit wurde also diesmal im Wiener Baugewerbe ganz bedeutend, um mehr als die Hälfte, herabgedrückt. Vom Jahre 1936 liegen die Zahlen vom 1. Dezember vor, die zum Vergleich nicht herangezogen werden können, da im Monat Dezember die Bautätigkeit fast völlig eingestellt ist. Am 1. Dezember d. J. war die Zahl der arbeitslosen Bauarbeiter in Wien 11.700, also doch noch weniger als 1933 und 1934. Daraus ergibt sich, dass die Förderung der Bautätigkeit durch die Stadt Wien einen grossen Erfolg für die Wiener Bauarbeiter gehabt hat. (Stürmischer Beifall).

Die gleichen Ziffern für ganz Oesterreich, also einschliesslich Wiens, ergeben folgendes Bild: Im September 1933 gab es in Oesterreich rund 120.000 Bauarbeiter, Lehrlinge und Angestellte nicht eingerechnet, davon waren damals 59.685, also rund 60.000, arbeitslos, das heisst genau so wie in Wien die Hälfte. Im September 1934 war die Zahl der arbeitslosen Bauarbeiter in ganz Oesterreich 50.000. Während es in Wien damals noch keine grössere Besserung gab, zeigte sich in ganz Oesterreich doch ein Sinken von 60.000 auf 50.000. Im September 1935 war die Zahl der arbeitslosen Bauarbeiter in ganz Oesterreich nur 30.066, also ein Viertel von 120.000 Bauarbeitern. Am 1. Dezember 1936, also zur Zeit fast völligen Stillstandes der Bautätigkeit, wurde mir für ganz Oesterreich die Zahl der arbeitslosen Bauarbeiter mit rund 60.000, also die Hälfte der gesamten Bauarbeiter, angegeben.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantwortl. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IV. Blatt

Wien am

Die Aussichten für das Baugewerbe werden sich im kommenden Jahre in Wien nicht verschlechtern. Ausserhalb Wiens treten die zahlreichen Kasernenbauten hinzu, die noch zum Teil der Finanzierung bedürfen. Es drängt mich aber doch noch einige Ziffern zu nennen, über das, was bisher in den Jahren 1934, 1935 und 1936 geleistet wurde. Ich nehme zunächst den Teil unserer Arbeitsbeschaffung her, über den gelegentlich ein wenig "gemeckert" wird, den Strassenbau. Schöne neue Strassenbauten, das ist allen recht, aber warum macht man das nicht, ohne die Strassen aufzureissen, und wenn das nicht geht, warum macht man es nicht im Winter? (Heiterkeit). Es mag sein, dass aus Gründen, die nicht vorauszusehen waren, irgendwo ein Strassenbau in einer wichtigen Strasse zum Beispiel in die Festwochen hineingeraten ist. Das ist natürlich nicht wünschenswert. Andererseits muss ich erwähnen, dass eine Reihe von Geschäftsleuten am Kohlmarkt bewundert hat, wie rasch gearbeitet wurde, und die die Arbeiter beschenkt haben, weil sie gesehen haben, mit welchem Eifer die Arbeit vorwärts gegangen ist. Wir werden das Kapitel Strassenbauten auch in Zukunft nicht vernachlässigen. Wir haben bisher 40 Millionen Schilling für Strassenbauten ausgegeben, 23 1/2 Millionen für die innerstädtischen Strassen, 15 Millionen für die Höhenstrasse und für den Höhenweg, 2 1/2 Millionen für die Herrichtung der Gohsteige. Wir haben in diesen drei Jahren 10.000 Waggons Pflastersteine und 33.000 Waggons Schotter für den Strassenbau gekauft, davon 26 Prozent in Oberösterreich, 44 Prozent in Niederösterreich. Wenn wir von dieser Technik des Strassenbaus zur Gänze abgehen würden, müssten viele Steinarbeiterdörfer geräumt werden.

Nach den Strassen kamen die Brücken. Wir haben fast 15 Millionen Schilling für Brückenbauten ausgegeben. Die grösste Ausgabe entfällt auf die Reichsbrücke. Dass im Jahre 1937 auf diesem Gebiet wenig mehr zu tun ist ist für uns ein Lob. Wir haben die Wasserleitungen verbessert, 71 Kilometer neue Rohrleitungen angelegt. Wir haben den grossen Wasserbehälter im Bau, den Schutz des Quellgebietes verbessert und werden jede Gelegenheit benutzen, auch weiterhin den Quellenschutz unserer Wasserleitungen zu erhöhen. Wien hat eine Kanalanlage von 1000 Kilometern. In den letzten zwei Jahren haben wir 30 Kilometer neu erbaut und modernisiert. Dazu kommen noch die Leistungen mit Hilfe des Hausreparaturfonds. Was die Kanalbauten bedeuten, mögen Sie daraus erkennen, dass für 1937 nicht weniger als 120.000 Arbeitsschichten vorgesehen sind.

Wir haben auch neue Krankenwagen, Anbusse u. v. a. angeschafft. Die Strassenbahnverwaltung hat eine Anzahl Waggons der Privatindustrie zur Ueberholung übergeben. Die Kehrtrichtschüttungen sind mit modernen Einrichtungen versehen worden. Bei dieser Gelegenheit will ich auch betonen, dass die Frage Bretteldorf von der Stadt Wien in generöser und wahrhaft sozialer Weise geordnet worden ist. (Lebhafter Beifall.) Wenn man aber darauf kommen sollte, dass spekulative Elemente dort wieder Fuss zu fassen versuche dann gibt es für diese keine generösen und sozialen Rücksichten mehr. (Zustimmung.)

Wir haben unsere Bäder verbessert und vermehrt, wir werden im nächsten Jahr auf dem Wiener Berg ein Bad einrichten, damit wir die Kinder von den Ziegelteichen wegbringen. (Beifall.) Auch die Gärten wurden vergrössert mit 25 Anlagen von 95.100 Geviertmeter Fläche. Für Investitionen in Schulgebäuden wurden 36 1/4 Millionen verausgabt. Dabei waren 2.000 Gewerbetreibende mit 3.500 Arbeitern beschäftigt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

V. Blatt

Wien, am

Ich darf wohl sagen, dass die Stadtverwaltung mit Befriedigung und Genugtuung auf die Leistungen hinweisen kann, die sie bezüglich Arbeitsbeschaffung und Wirtschaftskrise in und ausserhalb von Wien vollbracht hat und dass unter diesen nicht eine einzige Arbeit ist, die nicht der Allgemeinheit diene und dauernd wertvoll ist. (Lebhafter anhaltender Beifall.)

Man hat hinsichtlich der Arbeitsvergebung einige Wünsche geäussert: Die Arbeit soll nicht dem billigsten Offerenten gegeben werden. Ich habe den Standpunkt vertreten und bleibe dabei, dass, wenn ein Schleuderangebot vorliegt, zu erwarten ist, dass es keine gute Leistung bringen kann. Hier gehe ich mit den Vorrednern auf einer Linie vor. Von Schleuderern abgesehen, bleibt aber das Bestbotprinzip der sicherste Schutz gegen Protektion und Korruption. Wenn wir diese einfache klare Linie verlassen, beginnt die Willkür, und wo diese beginnt, beginnt die Gefahr. Wir haben eine saubere Verwaltung und wollen auch künftighin diese saubere Verwaltung behaupten. (Stürmischer Beifall.)

Der Bürgermeister bespricht dann die Auswüchse gewisser Preiskartelle, die man bekämpfen müsse und denen er den entschiedenen Widerstand entgegensetzen werde. Auf dem Gebiete des Kartollwesens bestehen überhaupt so manche bedauerliche Missbräuche, er warte, deshalb auf das vielbesprochene Kartellgesetz und werde, wenn es komme, seine Erfahrungen auf diesem Gebiete in die Waagschale werfen.

Der Bürgermeister warnt vor gewissen Widersprüchen in den Wünscher zur Kreditverbilligung. Kredite werden fast immer mit anvertrauten Geldern anderer gegeben, die Verantwortung für diese Spargelder des Volkes ist sehr gross. Mit künstlichen Eingriffen kann man hier keine Erfolg erzielen. Die Senkung der Kreditkosten falle nicht in den Bereich einer Stadtverwaltung. Wenn auf der einen Seite über eine zu geringe Arbeitsbeschaffung und auf der anderen Seite von einer Herabsetzung der Steuern gesprochen wurde, so sei darauf zu sagen, dass eine Herabsetzung der Steuern und Abgaben sehr selten zu einer Belebung der Wirtschaft führe, denn der Verwaltung werde mit der Verringerung der Einnahmen ein grosses Stück der Möglichkeit der Arbeitsbeschaffung genommen. Der Bürgermeister müsse es unterlassen, zu den einzelnen Steuerbemängelungen Stellung zu nehmen, nur wolle er sich kurz auf den Vorschlag einer Ermässigung der Fürsorgeabgabe äussern. Diese sei eine "rohe", d. h. wenig verfeinerte Steuerquelle. In dem Moment, da eine wirkliche, der Stadt Wien gesichert zugehörige und leistungsfähige Steuerquelle eröffnet wird, erscheine er im Festkleid, um die Abschaffung der Fürsorgeabgabe zu beantragen, früher aber nicht, weil man nicht früher eine der stärksten Säulen des Stadtbudgets beseitigen dürfe.

Mit Dank nehme der Bürgermeister die Anerkennung verschiedener Redner für die Bemühungen der Stadtverwaltung auf dem Gebiete der Arbeitsbeschaffung entgegen, auch mit Dank, dass sich die Stadtverwaltung hier keine Kritik und Klage ausgesetzt habe und dass keine Klage über unsoziales Verhalten eines Unternehmers eingelaufen sei, der Aufträge der Stadt Wien erhielt. (Lebhafter Beifall.)

Schliesslich bespricht der Bürgermeister die Weihnachtsbescherungen und erklärt, er sei ein abgesagter Gegner der Küss-die-Hand-Wohltätigkeit. Man solle die Armen nicht demütigen, sondern ihnen helfen, einfach, schlicht und natürlich. Deswegen freue er sich immer, an Weihnachtsfeiern teilzunehmen, bei denen dieser Grundsatz befolgt wird. Auch die von Not bedrängten Familien sollen wieder lernen, Weihnachten als Familie zu feiern.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VI. Blatt

Wien, am

Wenn es uns gelingt, einen Grossteil der Familien zu retten, haben wir viel getan für diese Familien selbst und noch viel mehr für unsere Zukunft.

In herzlichen Worten erörterte der Bürgermeister schliesslich seine Bemühungen, der Jugend von heute zu helfen, um aus ihr wertvolle Mitarbeiter für Heimat und Vaterland zu gewinnen. Die geistige, soziale und politische Entwicklung der Jugend muss unsere grosse Sorge sein. Was nütze unsere Arbeit, wenn nicht hinter uns eine gesinnungsgleiche und leistungstüchtige Jugend stehe. Das gleiche gelte für die Pflege des religiösen Lebens und der Vaterlandsliebe. "Alles muss darauf gerichtet sein", sagte der Bürgermeister, "die inneren Werte unseres Volkstums lebendig zu machen, auszugestalten, zu vergrössern. Damit wir vorwärtskommen, müssen wir uns auch noch besser verstehen lernen. Wir sollen uns gewiss die Wahrheit sagen, wie wir sie sehen, jedoch im Tone der Freundschaft und Einigkeit. Wir müssen uns verstehen, denn wir sind auf Gedeih und Verderb aneinander geschmiedet. Wir müssen dieses Einanderverstehen in unsere Herzen pflanzen als eine Selbstverständlichkeit wie das Atmen der Luft in Wien und Oesterreich. So wünsche ich denn, dass die friedlich-frohe Stimmung der Weihnacht uns alle erfülle und in uns lebendig bleibe auch im kommenden Jahre und in unserem ganzen Leben zum Heil für alles, was uns lieb und wert ist, für unser Heimatland Wien, das Vaterland Oesterreich, für unseren Glauben und für unser heissgeliebtes Volk! (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Es wird in die Spezialdebatte eingegangen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VIII. Blatt

Wien, am.....

weichungen von der Bauordnung, insbesondere auch bei Adaptierungsfällen, ist notwendig. Uebrigens werden alle solchen Akte in spätestens 6 Tagen erledigt. Vereinzelte Verzögerungen können höchstens nur dann eintreten, wenn Baugesuche gelegentlich nicht vollständig belegt worden sind. Zur Frage der Nüchternheit der Fassaden kann festgestellt werden, dass überall, wo die Stadt Wien auf Bauten Einfluss nimmt, namentlich bei den Assanierungsbauten, die Kunst in irgendeiner Form zum Worte kommt, z. B. durch Anbringung von Hauszeichen, Erinnerung an Lokalgeschichte, etc. etc. etc. etc. etc. Die Frage einer Modernisierung der Hernalser Hauptstrasse sowie die Errichtung einer ordentlichen Zufahrt zum Schafbergbad werden für das nächste Jahr vom Stadtbauamt im Auge behalten. Was die Frage der Holzheizung anbetrifft, so zeigt die städtische Brennstoffwirtschaft in der Verwendung inländischer Brennstoffe sehr grosse Fortschritte. Stadtbauamtsdirektor Dr. Ing. Musil spricht sich in diesem Zusammenhang gegen die Schaffung einer eigenen Forstverwaltung aus, und zwar schon mit Rücksicht auf die Interessen der Wiener Wasserleitung.

Frau Rat Kuster dankt dem Bürgermeister für die Schaffung von Erholungswiesen und bespricht Fragen der Lizenzgebühr, der Fleischverkehrsabgabe, die Warenumsatzsteuer der Wiener Milchmeierbetriebe, die beträchtlich höher ist, als bei den andern bäuerlichen Betrieben. In Besprechung der Preisrechnungsaktionen der Milchfrage verlangt Rednerin namens der Wiener Landwirtschaft dass der Verkauf von Milch in Lebensmittelgeschäften endlich abgestellt werde und nur den Milchgeschäften überlassen bleibe. Auch sollen nur die Milchgeschäfte das Recht haben, an Sonntagen zu verkaufen.

Rat Dr. Ing. Strobl befasst sich mit dem Viehverkehrsgesetz, das in der letzten Zeit in der Oeffentlichkeit vielfach unrichtig erörtert wurde. Das Viehverkehrsgesetz war seinerzeit für unsere Landwirtschaft die Rettung, nur mit seiner Hilfe war es möglich, einem katastrophalen Preisabfall aufzuhalten. Heute sind die Ueberschüsse in den östlichen und südöstlichen Nachbarstaaten keineswegs so gross wie seinerzeit, auch die Preisdifferenzen sind nicht so gross, so dass die Pflichtkontingenten Ungarns, Jugoslawiens, Rumäniens in den letzten Monaten vielfach nicht voll ausgenützt wurden, da die Wiener Preise keinen Anreiz mehr gegeben haben. Wenn das Viehverkehrsgesetz heute aufgelassen würde, so wäre die einzige Leidtragende die Gemeinde Wien durch ihre Märkte, da ohne Viehverkehrsgesetz fast ausschliesslich geschlachtete Ware nach Wien käme, nachdem die Belastung der Lebendware den Bundesländern gegenüber viel höher ist. Das Viehverkehrsgesetz reguliert die Anlieferung und ermöglicht für die Wiener Konsumenten erträgliche Preise. Redner muss dringend warnen davor, an Viehverkehrsgesetz zu rütteln. Der Lebendmarkt würde in Wien noch mehr zurückgehen, obwohl an der Anlieferung von Lebendware sowohl die Konsumentenschaft als auch das fleischverarbeitende Gewerbe das grösste Interesse haben. Zu einer Abregelung des Schwarzverkehrs hat man allerdings noch nicht die nötigen Wege gefunden. (Beifall)

Rat Begle bespricht Neuregelungen der Betriebseinrichtungen in insb. über die dadurch steigende Arbeitslosigkeit unter den Wr. Arbeitst. Marx und wirtschaftlicher Auswirkungen des Viehverkehrsgesetzes, ferner die Lage des Fleischmarktes in Wien, die Frage der Gebühren und tritt für eine brufständische Markt- und Preispolitik ein. Er nimmt gegen die Anlieferung von Schwarzware Stellung, die mit Umgehung der Gebühren von der Umgebung Wiens nach Wien gebracht wird und eine Konkurrenz darstellt, die für das Wiener Gewerbe auf die Dauer nicht auszuhalten ist. Er bittet *tern der fleischverarbeitenden Gewerbe, er erörtert

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IX. Blatt

Wien, am

den Bürgermeister und den Magistrat, dem Fleisch- und Viehmarkt in Wien ein besonderes Augenmerk zuzuwenden, damit die Stadt Wien auf diesem Gebiete ein entsprechendes Mitbestimmungsrecht bekomme und die Gemeinde die Anlieferung von Schwarzware energisch bekämpfen könne.

Rat Effenberger bespricht die Lage des Bäckergewerbes.

Rat Engelbrecht weist auf die Benachteiligung hin, die den Budenbesitzern durch die Verlegung des Christkindlmarktes aus der Inneren Stadt auf den Gürtel entstanden seien, man solle nach Möglichkeit wieder den Markt auf einem weniger frequentierten Platz der Inneren Stadt wieder aufleben lassen.

In seinem Schlusswort gibt der Berichterstatter, Obersenatsrat Dr. Fenzl die Versicherung, dass alle Anregungen für die Landwirtschaft die erforderliche Beachtung finden und der Mitwirkung des Magistrates hierbei sicher sein können. Bezüglich der Verlegung des Christkindlmarktes erklärt der Redner, dass hierfür Verkehrsschwierigkeiten die Ursache sind, der Referent werde aber diese Frage neuerlich prüfen.

Nach einer tatsächlichen Berichtigung des Rates Dr. Ing. Strobl, die sich gegen Ausführungen des Rates Begle wendet, gelangt nunmehr das Hauptstück "Arbeitsbeschaffung" zur Verhandlung. Bericht erstatter ist der stellvertretende Leiter des Finanzamtes Senatsrat Fr. Leppa.

Darauf spricht Rat Ing. Gross. Er erörtert die Lage des Baugewerbes und bringt die Pläne der daran beteiligten Kreise von Unternehmen und Arbeitern, Architekten und s.w. zur Kenntnis.

Autobusverkehr am Goldenen Sonntag.

Uebermorgen, Goldener Sonntag, verkehren von 8 Uhr 30 bis 19 Uhr die drei innerstädtischen Linien I (Schottentor-Stephansplatz-Wollzeile), II (Karlsplatz-Stephansplatz-Schwedenbrücke) und III (Bellaria-Stephansplatz-Börse). In den Nachmittagsstunden wird die Linie II durch die Sonntagslinie P (Hitzing-Stephansplatz-Praterstern) ersetzt. Auf den übrigen Autobus-Taglinien ist mit Ausnahme der Linien auf dem Kahlenberg, nach Salmansdorf und zum Döblinger Friedhof (Krankenhaus der Kaufmannschaft) der Verkehr eingestellt.

Anmerkung für die Redaktionen:

Auf unserem Bogen VIII ist zwischen dem Schlusswort des Stadtbaudirektors Dr. Ing. Musil und den Ausführungen der Frau Rat Kuster einzufügen: Obersenatsrat Dr. Fenzl berichtet über das Hauptstück "Wirtschaftsamt".

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

X. Blatt.

Wien, am.....

Rat Uebelhör betont die Notwendigkeit des Assanierungs- und Hausreparaturfonds und bittet die Stadtverwaltung, es zu ermöglichen, dem Assanierungsfonds grössere Mittel zur Verfügung zu stellen. Etwa 150 Projekte liegen vor um alte verkehrsstörende Hindernisse zu beseitigen, die jedoch erst dann in Angriff genommen werden könnten, wenn es gelingt, die entsprechenden Geldmittel zu beschaffen.

Rat Herrmann tritt ebenfalls für die Förderung des Assanierungsfonds und für eine entsprechende Kreditbeschaffung für die private Bautätigkeit ein.

Rat Stubenvoll nimmt zu Fragen der Arbeitsbeschaffung, der Arbeitslosigkeit sowie der Belebung der privaten Bautätigkeit vom Standpunkt der Arbeiterschaft des Baugewerbes und der Bauindustrie Stellung und wünscht Förderungsmassnahmen der Stadt Wien und der berufsständischen Körperschaften für das Siedlungswesen im Jahre 1937.

Rat Petravic bemerkt, in der Debatte sei übereinstimmend festgestellt worden, dass die Lösung des Problems der Arbeitsbeschaffung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in der entsprechenden Förderung der Privatinitiative bestehe. Wirtschaftliche Probleme sind mit wirtschaftlichen Erkenntnissen zu meistern, habe der Bürgermeister in seiner Budgetrede gesagt und das ist der Schlüsselpunkt für unsere Beratungen. Der Redner bespricht die Schwierigkeiten die der Privatwirtschaft entgegenstehen, die Gefährdung der Rentabilität, die Beeinflussung des Betriebes durch fremde Faktoren die die rationale Führung des Betriebes gefährden, deren Leidtragende Arbeiterschaft und Unternehmer sind und verbreitet sich dann eingehend über alle damit zusammenhängenden Fragen.

Rat Krejci spricht sich für die Schaffung eines Fonds für sanitäre Einrichtungen in notleidenden Betrieben durch die öffentliche Hand aus.

Nach dem Schlusswort des Senatsrates Leppa erfolgt die Abstimmung. Die Ansätze des Budgets 1937 sowie der Rechnungsabschluss 1935 werden genehmigt.

Nunmehr gelangen die Wirtschaftspläne 1937 und die Bilanzen 1935 der städtischen Unternehmungen zur Verhandlung. Zunächst referiert Direktor Ing. Güntner über die städtischen Gaswerke. Der Bericht wird ohne Debatte angenommen.

Zum Bericht des Direktors Ing. Beron über die städtischen Elektrizitätswerke spricht Rat Uebelhör, der die Mehrverwendung des elektrischen Stromes für den Haushalt, insbesondere für das Kochen, als sehr wünschenswert bezeichnet.

Nach dem Referat des Direktors Ing. Werner über die städtischen Strassenbahnen sprechen die Räte Uebelhör und Kastl sowie Engelbrecht und Petravic. Die Redner bringen Vorschläge über die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse.

Nach der Erledigung der Wirtschaftspläne des Brauhauses, der Leichenbestattung und der Gewista dankt Bürgermeister Richard Schmitz in herzlichen Worten für die ernste und sachliche Beratung des Haushaltplanes der Stadt Wien und schliesst mit den besten Weihnachts- und Neujahrswünschen für die Bürgerschaft und die gesamte Wiener Bevölkerung die Sitzung.

.....

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 346
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 19. Dezember 1936.

25 Jahre Kredit-Verein der Zentralsparkasse ^{der} Gemeinde Wien.

In festlicher Weise beging Donnerstag abend der Kredit-Verein der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien in der Volkshalle des Rathauses das Jubiläum seines 25jährigen Bestandes. Der Vorsitzende Generalrat Lehnhart konnte begrüßen: Als Vertreter des Finanzministeriums Sektionschef Dr. Klücki, namens des Bundeskanzleramtes Ministerialrat Baron Waldstätten, in Vertretung des Präsidenten Dr. Kienböck Generaldirektor Dr. Brauneis, den Präsidenten der Anwaltskammer Dr. Krasser, als Vertreter der Buchkaufmannschaft Kommerzialrat Brunner, als Vertreter des Gewerbes Bundeswirtschaftsrat Spitz und Kommerzialrat Bernhard Ellend, Präsidenten Bergrat Dr. Böhler, zahlreiche Räte der Stadt Wien, Stadtgewerberäte, Ortsgewerberäte, Vertreter der Sparkassen u. v. a. Als erster Redner ergriff Bürgermeister Richard Schmitz, lebhaft begrüßt, das Wort und führte u. a. aus: Heute habe ich einen besonderen Grund, Männer der Wirtschaft hier zu begrüßen. Dieser liegt nämlich in der Verbundenheit des Kreditvereines auf dem Umwege über die Zentralsparkasse mit der Stadt Wien. Die Stadt Wien hat unter Bürgermeister Dr. Luenger die Zentralsparkasse gegründet, diese hat den Kreditverein geschaffen und so ist die Zentralsparkasse eine Lieblingstochter der Stadt Wien und der Kreditverein ein gern gesehener Enkel. Sodann besprach der Bürgermeister die üblichen Formen des kaufmännischen Kreditwesens und die Prüfung der Kreditwürdigkeit. Es gäbe aber auch noch unerfüllte Wünsche auf diesem Gebiete, die von jenen ausgehen, die wohl eines Kredites würdig wären, aber nicht im Stande sind, die nötigen Sicherheiten zu bieten. Das Jubiläum des Kreditvereines der Zentralsparkasse, fährt der Bürgermeister fort, hat diese Frage wieder auf die Tagesordnung gestellt und nach einer Lösung gesucht. Ich bin nun heute so glücklich, Ihnen mitteilen zu können, dass die Verwaltung der Zentralsparkasse den Beschluss gefasst hat, einen Betrag von 200.000 Schilling für die Gründung eines Fonds zu geben, der für solche besondere und immerhin mit Risiko verbundenen Fälle des Personalkredits gebildet werden soll. Wie jeder Fonds soll sich auch dieser durch seinen eigenen Dienst regenerieren. Sollten Verluste eintreten, könnte eine bescheidene Wiederauffüllung in gewissen Zeitabständen vorgenommen werden. Die Statuten für diesen Fonds sind eingereicht und es werden keine besonderen Schwierigkeiten zu überwinden sein. Ich hoffe, dass dieser Fonds der Verwaltung des Kreditvereines übergeben werden wird, und erwarte, dass die Tätigkeit dieses Fonds, noch in der ersten Hälfte des Jahres 1937 einsetzen kann. Dieser Beschluss der Zentralsparkasse, der auf eine Anregung des Herrn Vorsitzenden Generalrat Lehnhart zurückzuführen ist, wird als Jubiläumsgabe zum silbernen Jubelfeste dargebracht in der Hoffnung, dass damit ein bescheidener Beitrag zur Lösung eines bisher ungelösten Problems des gewerblichen Kreditwesens geleistet wurde.

Die Ausführungen des Bürgermeisters wurden von den Anwesenden mit stürmischem Beifall begrüßt.

Vizebürgermeister Dr. Kresse dankte dem Bürgermeister namens des Gewerbes, ebenso Kommerzialrat Ellend als Mitglied des Kreditvereines seit seiner Gründung namens der Mitglieder. Präsident Dr. Krasser sprach ebenfalls Dankesworte als Vertreter der freien Berufe. Der Vorsitzende gedachte in seinem Schlussworte insbesondere der drei Jubilare des Kreditvereines, des Präsidenten Dr. Krasser, der durch 25 Jahre in vorbildlicher Weise die Rechtsvertretung des Kreditvereines besorgt, des Altgemeinderates Scholz, der trotz

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantwortl. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien am

seiner 80 Lebensjahre in keiner Sitzung fehlt, und des Kommerzialrates Albrecht der dem Verein ebenfalls seit seiner Gründung angehört. Es folgten sodann einige Redner, die dem Verein zu seinem Jubiläum beglückwünschten.

Fürsorgebuch und Weihnachtsbeteiligungen.

Bei den Weihnachtsfeiern werden auch heuer wieder viele Hunderttausende von Schilling in Form von Weihnachtsgaben den Bedürftigen Hilfe und Trost bringen.

Der Wiener Magistrat begrüsst diese hilfreiche Tätigkeit der privaten Fürsorge als eine wertvolle Ergänzung seiner Bemühungen; er weist jedoch darauf, wie wichtig es bei der Vielfalt caritativer Einrichtungen ist, dass alle Fürsorgemittel eine geordnete und richtige Verwendung finden.

In erster Linie sollen ungerechtfertigte Doppelbeteiligungen vermieden werden. Unterstützungen sollen daher nur solchen Personen gewährt werden, die sich mit einem Fürsorgebuch ausweisen. Die leider nicht selten festgestellte gewerbsmässige Unterstützungsjägererei kann nur eingeschränkt und die wirksamste Verwendung der vorhandenen Mittel im Interesse der wirklich Bedürftigen erreicht werden, wenn alle Fürsorgevereine und Organisationen vor Gewährung einer Unterstützung sich durch genaue Einsichtnahme in das Fürsorgebuch davon überzeugen, ob dem Fürsorgebuchinhaber die begehrte Unterstützung nicht schon von anderer Seite gewährt worden ist. Alle gewährten Unterstützungen müssen ausnahmslos im Beteiligungsnachweis des Fürsorgebuches eingetragen werden.

Ausgabe von Fleischkonserven.

Mit Rücksicht auf den Entfall der Ausspeisung am 25. und am 27. Dezember erhalten die Inhaber von Speiseanweisungen der Wiener Winterhilfe im Fürsorgeamte ihres Wohnbezirkes am Mittwoch, den 23. Dezember, während der Parteidienststunden unter Vorweisung des Speiseblocks und des Fürsorgebuches Anweisungen auf eine Fleischkonserve ausgefolgt.

Die Gemüsegrossmärkte für Weihnachten und Neujahr.

Das Marktamt der Stadt Wien macht darauf aufmerksam, dass mit Rücksicht auf die Weihnachtsfeiertage und das Neujahrsfest die Gemüsegrossmärkte im 2. und 5. Bezirk am Montag, den 21. d., Mittwoch, den 23. d., Montag, den 28. d., und Mittwoch, den 30. d., in der Zeit von 14 Uhr bis 17 Uhr abgehalten werden.

Musikalisch-literarischer Nachmittag im Rathaus.

Der Kunstförderung der Stadt Wien ist es zu danken, dass am letzten Mittwoch die zweite musikalisch-literarische Voranstaltung im Rathause stattfinden konnte. Karl Etti spielte Variationen über ein Thema von Beethoven, Christl Kern sang, begleitet vom Komponisten, Lieder von Walter Tschoepe, Margarete Shell-Noe trug Gedichte von Alois Rossmanith vor und Georg Maikl sang, begleitet von Fritz Kuba, Lieder von Theodor Streicher. Christa Richter-Steiner und Georg Steiner spielten Variationen über eine alte Melodie für zwei Violinen von E. L. Uray, Elfriede Hedmont sang, begleitet von Fritz Kuba, Lieder von Leopold Welleba. Zum Schlusse brachten Edith Steinbauer, Erich Weiss und Frieda Krause ein Streichtrio (Violine, Viola und Cello) von Robert Wagner zur Uraufführung.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

347

Wien, am 21. Dezember 1936.

Ehrung von Jubilaren der Arbeit.

Bürgermeister Richard Schmitz überreichte heute im Rathaus 50 landwirtschaftlichen Arbeiterinnen und Arbeitern Wiens, die mindestens zehn, viele aber mehr als fünfundzwanzig Jahre in einem und demselben landwirtschaftlichen Betrieb treu ihre Pflicht erfüllt haben, die ihnen von der Wiener Landwirtschaftskammer verliehenen Anerkennungsdiplome und Geloprämien. Im Namen der Wiener Landwirtschaftskammer begrüßte Vizepräsident Walla die Festgäste, worauf Bürgermeister Schmitz in einer herzlichen Ansprache die berufsständische Verbundenheit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der Wiener Landwirtschaft feierte und die Jubilare der Arbeit beglückwünschte. Für die Ausgezeichneten dankte der Arbeiter Leopold Werther, für die gesamte Wiener Landarbeiterschaft Kammervizepräsident Wanek. Der Feier wohnten unter anderem in Vertretung des Landwirtschaftsministers Ministerialrat Dr. Meyer-Treufeld, Ministerialrat Dr. Beil vom Landwirtschaftsministerium, in Vertretung des Sozialministers Hofrat Dr. Luzeux, die Obersenatsräte Dr. Fenzl und Präsidialvorstand Jiresch, der stellvertretende Leiter des städtischen Finanzamtes Senatsrat Dr. Leppa sowie alle Mitglieder der Wiener Landwirtschaftskammer bei.

Das Weihnachtsgeschäft auf den Wiener Märkten und Christbaumständen.

Da der "Goldene Sonntag" für den Lebensmitteleinkauf nicht so sehr in Betracht kommt wie für den Einkauf von Geschankartikeln, war Sonntag der Verkehr auf den Märkten und in den Detailmarkthallen im allgemeinen sehr schwach. Viele Stände hatten überhaupt nicht ausgeräumt. Das Fischgeschäft war sehr flau. Die Preislage blieb im allgemeinen unverändert.

Das Christbaumgeschäft war Sonntag vormittag noch schwach, doch war gegen Mittag und am Nachmittag vielfach eine lebhaftere Nachfrage zu beobachten. Kleine Bäume und solche von minderer Qualität wurden verhältnismässig billig abgegeben, schöne Bäume blieben im Preise fest.

Auf dem Zentral-Fischmarkt sind, wie das Marktamt der Stadt Wien meldet, für den heurigen Weihnachtsverkehr folgende Zufuhren eingelangt 320.000 Kilogramm Karpfen (gegenüber 300.720 Kilogramm im Vorjahre, sonach um 19.280 Kilogramm mehr). Hievon stammen 100.000 Kilogramm aus Niederösterreich, Steiermark und dem Burgenland und 220.000 Kilogramm aus Ungarn. Jugoslavische Karpfen, die im Vorjahre in einer Menge von 30.700 Kilogramm angeliefert wurden, sind heuer ausgeblieben, wurden aber durch die erhöhten Anlieferungen inländischer sowie ungarischer Karpfen ersetzt. Ausserdem sind eingelangt 1000 Kilogramm Hechte, 1900 Kilogramm Welse, 1000 Kilogramm Schille, 1000 Kilogramm Schleien und 1200 Kilogramm Weissfische. Die Zufuhren an Seefischen sind heuer um 25.000 Kilogramm grösser als im Vorjahre. Eingetroffen sind 30.000 Kilogramm Kabeljau, 70.000 Kilogramm Kabeljau-Filets, 30.000 Kilogramm Seelachs und 60.000 Kilogramm Seelachsfilets, sonach zusammen 190.000 Kilogramm (gegen 165.000 Kilogramm im Vorjahre).

Das Christbaumgeschäft, das sich Sonntag einigermaßen belebt hatte, war heute im allgemeinen sehr mittelmässig. Die Preise sind derzeit noch unverändert.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am

Die städtischen Bäder zu Weihnachten.

Zur Erleichterung des Badebetriebes in der Weihnachtswoche sind alle städtischen Dampf-, Wannen- und Brausebäder am Mittwoch von 9 Uhr bis 19 Uhr und am Donnerstag von 8 Uhr bis 17 Uhr geöffnet. Am Christtag und am Stephanietag sind sämtliche städtische Bäder geschlossen. Am Sonntag, den 27. d., sind die städtischen Dampf-, Wannen- und Brausebäder von 8 Uhr bis 13 Uhr und die Schwimmhallen des städtischen Amalienbades und des städtischen Jörgerbades von 8 Uhr bis 19 Uhr in Betrieb.

Preissenkungsaktion der Newag.

Die "Newag" Niederösterreichischen Elektrizitätswirtschafts-Aktiengesellschaft hat im Herbst 1935 mit dem Bau einer 60.000 Volt-Leitung von St. Pölten nach Stockerau begonnen, die sich als Fortsetzungslinie der bereits bestehenden 60.000 Volt-Leistungen Steyr-St. Pölten und Erlaufboden-bzw. Wr. Neustadt-St. Pölten darstellt. Der Leitungsbau und das Umspannwerk in Stockerau wurden im Juni 1936 vollendet. Diese Anlagen, die vor allem die regelmässige Belieferung des nördlich der Donau gelegenen Leitungsnetzes der Newag sichern, haben günstig auf die Schaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten unmittelbar beim Bau und mittelbar bei den Lieferanten gewirkt. Dadurch hat die Newag im Rahmen ihrer Möglichkeiten den Intentionen der Bundesregierung weitgehendst entsprochen. Der Bauaufwand betrug 1,650.000 Schilling. Die genannte 60.000 Volt-Leitung und das Umspannwerk in Stockerau mit seiner sehenswerten Schalt- und Freiluftstation gingen am 1. Juli 1936 anstandslos in Betrieb.

In der letzten Verwaltungsratsitzung der Newag vom 17. d. wurde eine Preissenkung hauptsächlich für die Abnehmer in jenen Gemeinden beschlossen, in denen die Newag die gesamten Bauherstellungen, also Fernleitung, Transformatorstation und Niederspannungsverteilung, seinerzeit fast zur Gänze zu eigenen Lasten errichtet hat. Die Beweggründe für diese Preissenkung lagen einerseits darin, dass die Verbraucher sich durch die jahrelange Bezahlung des höchsten Strompreises in eine bessere Tarifklasse gewissermassen eingekauft haben, anderseits in dem Bestreben, der Preissenkungsaktion des Herrn Bundeskanzlers nach Tunlichkeit zu entsprechen. Die Hauptaktionäre der Newag, das Bundesland Niederösterreich und die Stadt Wien, haben erklärt, dass sie zugunsten dieser Preissenkungsaktion eine Dividendenbeschränkung hinnehmen und vorläufig auf eine Erhöhung der Dividende verzichten.

Hin- und Rückfahrtscheine und Wochenkarten am 24. Dezember.

Die Strassenbahndirektion teilt mit, dass die Hin- und Rückfahrtscheine und Wochenkarten der Strassenbahn am 24. d. zur Rückfahrt schon von 11 Uhr an gelten.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 348
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 22. Dezember 1936.

Weihnachtsbeteiligungen des Rathauses.

Montag abend fand im Festsaal des Rathauses wohl eine der grössten Weihnachtsbeteiligungen Wiens statt. Nahezu 700 Kinder städtischer Arbeiter und Angestellter waren mit ihren Eltern und Geschwistern zu einer Weihnachtsfeier geladen worden, zu der unter anderem Bürgermeister Richard Schmitz und Frau, die Vizebürgermeister Lahr und Dr. Kresse, Magistratsdirektor Dr. Hiesmanseder, die leitenden Beamten des Magistrates, die Direktoren der städtischen Unternehmungen, die Landesfachleitung der V.F. und das Präsidium der Kameradschaft der städtischen Angestellten erschienen waren. Als der Bürgermeister mit seiner Begleitung den Saal betrat, scholl ihm heller Jubel entgegen. Der Bürgermeister richtete an die Kinder herzliche Worte der Begrüssung, dann folgte ein stimmungsvolles Weihnachtsspiel, worauf unter dem Glanze eines in der Turmnische aufgestellten riesengrossen Christbaumes die Kinder mit Kleidern, Schuhen, Lebensmitteln und Süßigkeiten beteiligt wurden.

In der Vorwoche fanden für die rund 1.700 Kinder sämtlicher Familienasyle schlichte Weihnachtsfeiern statt, bei denen Bürgermeister Richard Schmitz die Geschenkpakete persönlich überreichte. Ueberdies wird jede in einem Familienasyl wohnende Familie instandgesetzt, den heiligen Abend in der heimatlichen Art zu feiern.

Heute nachmittag fand im Festsaal des Rathauses im Beisein des Bürgermeisters eine erhebende Weihnachtsfeier für die Kinder der städtischen Waisenhäuser mit anschliessender Jause statt, während zwei Stunden später in der Volkshalle eine Weihnachtsfeier für die von der "Frohen Kindheit" betreuten Kinder stattfand.

Ladenschluss und Sperrstundenvorschriften für den 24. und 26.

Dezember.

Der Wiener Magistrat teilt mit: Am Donnerstag, den 24. Dezember (Heiliger Abend), sind die Geschäfte des gesamten Kleinhandels (einschliesslich des Kleinhandels mit Lebensmitteln und des Kleinverschleisses der Lebensmittelherzeugungsgewerbe) um 6 Uhr abends zu schliessen.

Eine Ausnahme besteht nur für den Kleinhandel mit Zuckerwaren und Zuckerbäckerwaren sowie für den Kleinhandel mit Naturblumen, die bis 7 Uhr abends offen halten dürfen.

Die Betriebe des Gast- und Schankgewerbes, wie Gasthäuser, Restaurants, Speisewirtschaften, Weinstuben, Weinschänken, Automatenbuffets, haben um 10 Uhr abends zu schliessen.

Die Kaffeerestaurants, Kaffeehäuser, Kaffeeschänken und Bars müssen dagegen schon um 8 Uhr abends geschlossen werden.

Am Samstag, den 26. Dezember (Stephanstag), können die Geschäfte des Kleinhandels mit Lebensmitteln und die des Kleinverschleisses der Lebensmittelherzeugungsgewerbe von 7 Uhr früh bis 11 Uhr vormittags offen gehalten werden.

Die Geschäfte des übrigen Kleinhandels sind geschlossen zu halten.

Im Gewerbe der Friseure, Raseure und Perückenmacher können die Geschäfte von 8 Uhr vormittags bis 12 Uhr mittags offen gehalten werden.

Im Gewerbe der Fleischhauer, Fleischselcher und Pferdefleischhauer ist das Schlachten (Schlagen und Stechen) von Tieren von 6 Uhr früh bis 10 Uhr vormittags gestattet, für den Warenverschleiss in diesen Gewerben

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am

golten die Vorschriften wie für den Kleinhandel mit Lebensmitteln, das heisst, sie können an diesem Tage von 7 Uhr früh bis 11 Uhr vormittags offen halten.

Das Weihnachtsgeschäft auf den Wiener Märkten und Christbaumständen.

Auf dem Zentralfischmarkt war heute der Engrosverkehr ruhig, da die Belieferung der Filialgeschäfte und Wiederverkäufer für den normalen zu erwartenden Weihnachtsbedarf durchgeführt ist. Von heute an bestehen, wie das Marktamt der Stadt Wien mitteilt, im Kleinhandel folgende Richtpreise für Fische: Karpfen S 2.50, geteilt S 2.70, Kabeljau S 1.60, Kabeljau-Filets S 2.40, Seelachs S 1.40, Seelachs-Filets S 2.20. Diese Preise gelten nur für deutsche Ware. Dänische Ware, die nur in geringer Menge auf den Markt kommt, ist der feineren Qualität entsprechend, bis zu 40 g pro Kg teurer.

Auf den Märkten und in den Bezirksgeschäften ist der Fischabsatz noch nicht auf der Höhe, wohl aber werden von den Kunden schon Bestellungen aufgegeben. Jedenfalls ist bereits eine Belebung des Geschäftes wahrzunehmen. Hechte und Weissfische haben im Preise bis zu 40 g, Welse um 20-40 g pro Kg. angezogen.

In der Grossmarkthalle machte sich heute im Kleinhandel bei sämtlichen Fleischsorten, hauptsächlich bei Bratenfleisch, ein Ansteigen der Preise bemerkbar, und zwar vor allem in den unteren Preislagen bis zu 20 g per Kg. Fettstoffe zeigen leicht steigende Tendenz. Geflügel und Wild ist wenig gefragt. Im Grosshandel haben sich die gestrigen Preise fest behauptet.

Auf dem Naschmarkt war der Verkehr heute lebhafter. Gemüse und Obst war auf allen Teilen des Marktes reichlich vorhanden. Reichliches Angebot herrschte in italienischen Sandkartoffeln, die engros um 50 g, im Kleinhandel um 70 g ausboten waren. Obst ist reichlich vorhanden, nur Strudleräpfel sind knapp. Mandarinen haben sich neuerlich um 5 g pro Kg im Grosshandel verbilligt, was sich im Kleinhandel aber noch nicht auswirken konnte. Lebhaftige Nachfrage herrschte nach Rosinen, Nüssen, Mandeln und Haselnüssen.

In Geflügel beginnt sich das Geschäft bereits zu beleben; die Preistendenz ist steigend.

Das Christbaumgeschäft beginnt jetzt lebhafter zu werden. Der Abverkauf bewegte sich bis nun zwischen 20 und 50 Prozent der Bestände.

Strassenbahnverkehr zum Zentralfriedhof am 24. Dezember.

Anlässlich des Gräberbesuches am 24. d. verkehrten ausser den Zügen der Linie 71 auch die Züge der Linie 74 (Kolonitzgasse-Landstrasser Hauptstrasse) zum Zentralfriedhof. Nachmittags wird auch die Linie 6 zum Zentralfriedhof verlängert. Ueberdies werden nach Bedarf Züge der Linie 35 (Viriotgasse-Ring) und der Linie 18 (Gürtel-Simmeringer Hauptstrasse) zum und vom Zentralfriedhof geführt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 349
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 23. Dezember 1936.

Der städtische Rechnungs- und Kassendienst von Weihnachten bis Neujahr.

Der Rechnungs- und Kassendienst der Bezirkshauptmannschaften in Wien bleibt wie alljährlich auch heuer in den letzten Tagen des Jahres, das ist vom 28. bis einschliesslich 31. Dezember, für den Parteienverkehr geschlossen, weil in dieser Zeit die Konten abgeschlossen werden. Für die Erledigung unabweislicher Fälle sowie für die Ausgabe von Postsparkassenerlagscheinen während der allgemeinen Amtsstunden wird Vorsorge getroffen, so dass die Möglichkeit der Einzahlung von Abgaben keine Beschränkung erfährt.

2-4%ige Schuldverschreibungen der Bundeshauptstadt Wien vom Jahre 1931.

Auf Grund der vom Wiener Magistrat mit der Bundesfinanzverwaltung und mit der Oesterreichischen Nationalbank geführten, nunmehr abgeschlossenen Verhandlungen wird die Stadt Wien den am 2. Jänner 1937 fällig werdenden Zinsschein ihrer 2-4prozentigen Schweizer Frankenschuldverschreibungen vom Jahre 1931 mit 1 $\frac{1}{4}$ Schweizer Franken gegenwärtiger Geltung für je 1 Schweizer Franken Kupon-Nominale zur Einlösung bringen.

Die bis einschliesslich 1. Juli 1936 abgereiften Zinsscheine dieser Anleihe gelangen mit dem Nennbetrage in Schweizer Franken (1 Schweizer Franken gegenwärtiger Geltung = 1 Schweizer Franken Kupon-Nominale) zur Einlösung, weil es Sache der Inhaber gewesen wäre, für das termingemässe Inkasso dieser Zinsscheine Sorge zu tragen.

Wassergebühren bei Rohrgebrechen.

Anlässlich der herannahenden Frostgefahr wird in Erinnerung gebracht, dass Wasserrohrgebrechen binnen 3 Tagen nach Kenntnis dem Magistrat, Abteilung 11, Unterabteilung Wassergebühren, 6., Grabnergasse 6, schriftlich anzuzeigen sind. Wer die Frist versäumt, hat es sich selbst zuzuschreiben, wenn dann eine Ermässigung oder Abschreibung der durch einen Rohrbruch verursachten Wassergebühren unter keinen Umständen erfolgen kann.

Die Urania wirbt für die Winterhilfe.

Das grösste österreichische Volksbildungshaus, das sich jederzeit auch seiner sozialen Pflichten bewusst ist, hat sich dem Liebeswerk der Winterhilfe der Stadt Wien angeschlossen. Vom Vordach der Urania erstrahlt allabendlich ein Weihnachtsbaum und mahnt die zahlreichen Besucher, ihr Scherflein für die Winterhilfe beizutragen.

Gesetzblatt der Stadt Wien.

Das am 22. d. ausgegebene 23. Stück des Gesetzblattes der Stadt Wien, Jahrgang 1936, enthält die Kundmachung des Bürgermeisters vom 15. d. betreffend die Verlautbarung der in den öffentlichen Heil- und Pflegeanstalten der Stadt Wien und den ihnen angegliederten Spitälern am 1. Jänner 1937 geltenden Verpflegungsgebühren und besonderen Gebühren, die Verordnung des Bürgermeisters vom 20. d. betreffend die Sperrstunde im Gast- und Schankgewerbe am 24. Dezember d. J., die Verordnung des Bürgermeisters vom 20. d. betreffend die Arbeit im Gewerbe des Kleinhandels mit Lebensmitteln, im Kleinverschleisse der Lebensmittelerzeugungsgewerbe sowie im Gewerbe der Friseure, Raseure und Parfückenmacher am 26. Dezember d. J. und die Verordnung des Bürgermeisters vom 21. d. betreffend Abänderung einer Bestimmung der Ruhebezugsordnung für die niederösterreichischen Lehrer-Altensionisten, G. Bl. der Stadt Wien Nr. 6/1934, in der Fassung der Verordnung vom 15. Dezember 1935, G. Bl. der Stadt Wien Nr. 63/1935.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am 23. Dezember 1936

Die Kennzeichen für die Wiener Fahrräder.

Im Zusammenhange mit der beabsichtigten Einführung einer Fahrradabgabe in Wien sind in der Wiener Tagespresse verschiedene Mitteilungen über Form, Ausstattung, Anbringung und Beleuchtung der Fahrräder-Kennzeichen erschienen. Wie die "Rathauskorrespondenz" hiezu erfährt, hat sich der Wiener Magistrat mit allen diesen Fragen bis jetzt noch nicht befasst.

Zum Tode des Altvizebürgermeisters Hierhammer.

Bürgermeister Richard Schmitz hat an die Familie des heute verstorbenen Vizebürgermeisters a. D. Heinrich Hierhammer folgende Beileidsdepesche gerichtet: "Zu dem schweren Verlust, den Sie durch das Hinscheiden Ihres hochverehrten Herrn Vaters erlitten haben, bitte ich die Versicherung innigsten Beileides entgegenzunehmen. Ich werde dem Verblichenen, der sich um seine Vaterstadt so bedeutende Verdienste erworben hat und ihr stets ein treuer Diener war, immer ein ehrenvolles Andenken bewahren."

Auf Anordnung des Bürgermeisters, der an der Bahre des Toten einen Kranz der Stadt Wien niederlegen wird, hat die Durchführung der Leichenfeierlichkeiten die Stadt Wien übernommen.

Das Präsidialbüro der Stadt Wien hat an die Familie ebenfalls eine Beileidskundgebung gerichtet.

Das Weihnachtsgeschäft auf den Wiener Märkten.

Wie das Marktamt der Stadt Wien mitteilt, setzte heute auf den Märkten schon ein lebhafterer Weihnachtsverkehr ein, doch wird das Hauptgeschäft erst morgen erwartet.

Der Absatz an Fischen hat sich heute flotter gestaltet; insbesondere Karpfen und Seefisch-Filets sind gut gefragt. An Karpfen-Rognern, die viel begehrt sind, herrscht einigermaßen Mangel. In den Bezirksgeschäften kam es heute schon vielfach zu sehr lebhaftem Betrieb.

Auf dem Naschmarkte setzte heute gegen 10 Uhr ein sehr reger Marktverkehr ein. Auf dem Grossmarkte herrschte lebhafte Nachfrage nach Salat, Vögerlsalat und Spinat, die im Preise auch angezogen haben. Im Kleinhandel waren die Preise noch unverändert. In Südfrüchten war die Nachfrage heute im Kleinhandel verhältnismässig schwach. Geflügel war reichlich vorhanden, die Nachfrage hat sich gebessert. Die Preise zeigen steigende Tendenz.

In der Grossmarkthalle, Abteilung für Fleischwaren, sind sämtliche Fleischsorten nach vorübergehenden teilweisen Preiserhöhungen wieder auf die Preise Ende der Vorwoche zurückgegangen, weil das Angebot reich, die Nachfrage schwach ist. Nur Speck ist um 5 bis 10 Groschen teurer als in der Vorwoche. Die allgemeine Marktlage ist sowohl im Gross- wie im Kleinhandel unsicher und schwankend.

Der Christbaummarkt ist je nach Bezirk und Standplatz sehr verschieden. Manche Stände haben schon bis zu 60 Prozent, andre erst bis zu 30 Prozent abverkauft. Auf vielen Plätzen sind die Preise noch ziemlich fest, während auf den meisten Plätzen doch schliesslich zu jedem annehmbaren Preis verkauft wird, da Verluste gefürchtet werden. Viele Händler rechnen schon jetzt mit grösseren unverkauften Beständen, doch wird erst der morgige Tag von ausschlaggebender Bedeutung sein. Die Preise bröckelten heute bereits merklich ab.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

350

Wien, am 24. Dezember 1936.

Ausgabe von Speiseanweisungen der Wiener Winterhilfe.

Vom 28. bis einschliesslich 31. d. werden in den Fürsorgeämtern Speiseanweisungen der Wiener Winterhilfe für Jänner 1937 ausgegeben. Personen, die sich um diese Speiseanweisungen bewerben wollen, haben sich nach den Anfangsbuchstaben ihres Familiennamens an den nachfolgenden Tagen im Fürsorgeamte ihres Wohnbezirkes während der hierfür festgesetzten Parteienstunden einzufinden: A bis F am 28., G bis K am 29., L bis R am 30. und S bis Z am 31. d. Mitzubringen sind das Fürsorgebuch, ein Personaldokument und der polizeiliche Meldenachweis aller im Fürsorgebuch vermerkten eigenberechtigten Personen.

Ausgabe von Anweisungen auf Wohlfahrtsmilch.

Vom 28. bis einschliesslich 31. d. werden in den Fürsorgeämtern Anweisungen auf Wohlfahrtsmilch für Jänner 1937 ausgegeben. Um den Bezug der Wohlfahrtsmilch können Besitzer eines Fürsorgebuches der Gruppen A und B mit einem Haushalte von drei Personen aufwärts ansuchen. Ferner können sich wie bisher auch schwangere Frauen um die Wohlfahrtsmilch in den Bezirksjugendämtern bewerben, wenn sie ein Fürsorgebuch der Gruppe A oder B haben und sich mindestens im siebenten Schwangerschaftsmonat befinden. Personen, die sich um diese Wohlfahrtsmilch bewerben wollen, haben sich nach den Anfangsbuchstaben ihres Familiennamens an den nachfolgenden Tagen im Fürsorgeamte ihres Wohnbezirkes während der Parteienstunden einzufinden: A bis F am 28., G bis K am 29., L bis R am 30. und S bis Z am 31. d. Mitzubringen sind das Fürsorgebuch, ein Personaldokument und der polizeiliche Meldenachweis aller im Fürsorgebuch vermerkten eigenberechtigten Personen.

Strassenbahnfahrpreis an den Weihnachtsfeiertagen.

Auf der Strassenbahn und Stadtbahn gilt am 25. und 26. Dezember der Sonntagsfahrpreis. Die Frühfahrtscheine, Hin- und Rückfahrtscheine, Wochenkarten sowie der Kleinzonen- und Kurzstreckentarif haben **daher** keine Gültigkeit. Hingegen gelten die Sonn- und Feiertagsfahrtscheine zu 64 Groschen im Tarifgebiet I während der ganzen Betriebsdauer, nur muss die erste Fahrt bis 17 Uhr angetreten werden. Die kombinierten Sonn- und Feiertags-Rückfahrtscheine für die Strassenbahn und Bundesbahn gelten während der ganzen Betriebszeit, doch ist die Rückfahrt nur am Tage der Ausgabe erlaubt und nicht erst am zweiten Tag.

Der Autobusbetrieb durch die Innere Stadt ist eingestellt. Es werden nur die Autobuslinien auf den Kahlenberg, nach Salmansdorf, zum Döblinger Friedhof von 12 Uhr 30 bis 15 Uhr 30 und die Sonntagslinie P (Hietzing-Stephansplatz-Praterstern) von 14 Uhr bis 19 Uhr 30 betrieben.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 351
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 28. Dezember 1936.

An die Kollegen

Kommunalredakteure!

Morgen, Dienstag (29. Dezember), um 16 Uhr findet in der "Rathauskorrespondenz" die

Jahresversammlung
der Vereinigung der Wiener Kommunalredakteure statt.

Um pünktliches, zuverlässiges Erscheinen ersuchen
für den Vorstand:

F. X. Friedrich Dr. E. Rollett.

428.611 Zehngroschenfahrgäste am 24. Dezember.

Wie im Vorjahre war auch heuer die Zahl der Zehngroschenfahrgäste am 24. Dezember die grösste des Jahres. An diesem Tage sind nicht weniger als 428.611 Zehngroschenstücke in die Geldbüchsen der Strassenbahnwagen eingeworfen worden. Im laufenden Jahre sind nur noch an vier Tagen mehr als 400.000 Kleinzonenfahrgäste gefahren, und zwar am 4. April 401.809, am 10. Oktober 402.566, am 31. Oktober 426.341 und am 23. Dezember 410.570.

Am 24. Dezember war der Verkehr zum Zentralfriedhof so stark, dass als Verstärkung die Linien 6, 18, 35 und 74 eingelegt werden mussten.

Meldepflicht des Jahrganges 1919 bei der Einwohnerverzeichnung.

Nach § 123 der 2. Durchführungsverordnung zum Einwohnergesez ist vom 1. Jänner 1937 an jede bereits verzeichnete Person, die das 18. Lebensjahr erreicht, verpflichtet, sich in den ersten drei Monaten des Kalenderjahres, in dem sie das 18. Lebensjahr vollendet, zwecks Ergänzung des Stammblasses bei der Einwohnermeldestelle der zuständigen Wohngemeinde zu melden.

In Wien haben sich in den ersten drei Monaten des Kalenderjahres 1937 alle im Jahre 1919 geborenen, in Wien verzeichneten oder verzeichnungspflichtigen Personen ohne Rücksicht auf Geschlecht und Staatsangehörigkeit beim Besonderen Stadtamt I, Neues Rathaus, Stiege 8, ebener Erde, an Werktagen von 8 Uhr bis 15 Uhr, an Samstagen von 8 Uhr bis 18 Uhr 30 zu melden.

Zur Ermöglichung einer raschen Partienabfertigung wird die Entgegennahme der Meldungen nach dem Geburtsmonat der zur Meldung verpflichteten Personen wie folgt geregelt:

<u>Geburtsmonat:</u>		<u>Anmeldungstermin:</u>
Jänner	1919	2., 4., 5. und 7. bis 9. Jänner,
Februar	1919	11. bis 16. Jänner,
März	1919	18. bis 23. Jänner,
April	1919	25. bis 30. Jänner,
Mai	1919	1. bis 6. Februar,
Juni	1919	8. bis 13. Februar,
Juli	1919	15. bis 20. Februar,
August	1919	22. bis 27. Februar,
September	1919	1. bis 6. März,
Oktober	1919	8. bis 13. März,
November	1919	15. bis 20. März,
Dezember	1919	22. bis 24., 30. und 31. März 1937.

Die Meldung ist grundsätzlich persönlich zu erstatten. Für Vollentmündigte, sowie für Personen, die wegen Geisteskrankheit oder Geisteschwäche handlungsunfähig sind, obliegt die Meldepflicht dem im gemeinsamen Haushalt lebenden gesetzlichen Vertreter, sonst dem Unterstandsgeber. Für Personen, die infolge ihrer körperlichen Beschaffenheit am Erscheinen behindert sind, für Blinde, Stumme, Taube und Taubstumme ist zur Anmeldung ein im

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am.....

gemeinsamen Haushalt lebendes Familienmitglied, sonst der Unterstandsgeber verpflichtet, doch steht es diesen Personen frei, eine andere Person zur Anmeldung schriftlich zu bevollmächtigen.

Mitzubringen sind sämtliche Personaldokumente, insbesondere der Geburts-(Tauf-)schein, der Heimatschein und der Meldezettel.

Anlässlich der Meldung wird eine Erkennungskarte ausgefolgt, die über Wunsch mit einem Lichtbild versehen wird; das Lichtbild im Ansasse von 5 x 6 Zentimeter darf nicht aufgezogen sein.

Personen, die verhindert sind, der Meldepflicht zeitgerecht nachzukommen, haben dieser sobald als möglich zu entsprechen und nachzuweisen, dass es ihnen nicht möglich war, den Termin einzuhalten.

Wer der Meldepflicht nicht nachkommt, wird von der Bezirksverwaltungsbehörde mit Geld bis zu 3.000 Schilling oder mit Arrest bis zu drei Monaten bestraft. Gleiches gilt für Säumige, die erst nach Ablauf der ersten drei Kalendermonate der Meldepflicht entsprechen, sofern sie nicht nachweisen, dass es ihnen unmöglich war, den festgesetzten Termin einzuhalten.

Die persönliche Meldung entfällt bei Insassen von Klöstern, Erziehungsanstalten, Kinderbewahranstalten, Waisenhäusern, Versorgungshäusern, Heil- und Pflegeanstalten einschliesslich der Irrenanstalten, Arbeitslagern des freiwilligen Arbeitsdienstes, Arbeitshäusern, Strafanstalten, Gefängnissen, Anhalte- oder Haftlagern, Bundesanstalten für Erziehungsbedürftige und dergleichen; die Entgegennahme der Meldungen in diesen geschlossenen Unterkünften wird durch Entsendung von Organen des Besonderen Stadtaemtes I als Einwohnermeldestelle erfolgen.

Hin- und Rückfahrtscheine und Wochenkarten am 31. Dezember.

Die Strassenbahndirektion teilt mit, dass die Hin- und Rückfahrtscheine und Wochenkarten der Strassenbahn am 31. d. zur Rückfahrt schon von 11 Uhr an gelten.

Haushaltungsschule der Stadt Wien.

An der Haushaltungsschule der Stadt Wien, 6., Brückengasse 3, und 3., Petrusgasse 10, beginnen im Jänner neue Vormittags- und Abendkurse für bürgerliche und feine Küche sowie neue Nachmittags- und Abendkurse für Weissnähen, Flicker und Kleidermachen, ebenso neue Servierkurse. Prospekte und Auskünfte in der Schulkanzlei, Fernruf B 25-4-19.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

352

Wien, am 29. Dezember 1936.

Ermässigte Hundemarken für 1937.

Der Bürgermeister hat genehmigt, dass auch im Jahre 1937 an bedürftige Hundebesitzer, die infolge ihrer Einkommensverhältnisse ganz ausserstande sind, den vollen Abgabebetrag von 12 Schilling zu bezahlen, eine bestimmte Anzahl von Hundemarken zum ermässigten Abgabesatz von 3 Schilling für jede Marke ausgegeben wird.

Die Gesuchsformulare sind in der Zeit vom 2. bis 9. Jänner beim Fürsorgeamt des Wohnbezirkes abzuholen und dem zuständigen Fürsorgerat nach wahrheitsgemässer Ausfüllung längstens bis 14. Jänner zu übergeben. Später einlangende Ansuchen können nicht berücksichtigt werden. Vor dem 2. und nach dem 9. Jänner werden keine Gesuchsformulare ausgegeben. Nachfragen wegen Erledigung dieser Gesuche bei den Amtsstellen sind zwecklos. Missbräuchliche Inanspruchnahme der **Bogünstigung** wird geahndet.

Die städtischen Bäder zu Silvester.

Uebermorgen, Donnerstag (Silvester), sind alle städtischen Badeanstalten von 8 Uhr früh bis 7 Uhr abends geöffnet.

Strassenbahnverkehr in der Silvesternacht.

Wie alljährlich wird auch heuer in der Silvesternacht auf den nachangeführten Strassenbahnlinien im Anschluss an den Tagesverkehr ein Nachtverkehr bis etwa 5 Uhr 30 früh unterhalten. Die Linien B, Bk, T, Tk, 13, 25, 31, 36 (Börseplatz-Nussdorfer Platz), 38, 41, 43 (Schottengasse bis Wattgasse), 46, 49 (Bellariastrasse bis Baumgartner Spitz), 52, 63, 71, 74 und 75 werden unverändert betrieben. Die Linie 59 wird ab Mariahilfer Strasse über die Winkelmannstrasse abgelenkt und über ihre normale Endstelle hinaus bis Gallgasse-Fehlingergasse verlängert, wohin ebenfalls die Linie 62 geführt wird. Auf der Linie 57 werden zum Vorstellungschluss im Apollotheater Züge bereitgestellt. In der Wiedner Hauptstrasse wird eine Pendellinie mit dem Signal 64 vom Körntnerring über Wiedner Hauptstrasse bis Gudrunstrasse geführt. Die Züge der Linie 67 verkehren vom Ring gleichfalls nur bis Gudrunstrasse. Von der Droschner Strasse wird eine Pendellinie mit dem Signal 29 über Taborstrasse zur Marien- und Schwedenbrücke eingerichtet. Auf der Linie 16 wird nur ein Pendelverkehr zwischen Stadlau und Wagramer Strasse unterhalten. Die Linie 5 wird von der Josefstädter Strasse bis Praterstern geführt und in der Ausstellungsstrasse bis zur Lagerhausstrasse-Nordportalstrasse verlängert. Auf dem Gürtel verkehren Züge der Linie 18 zwischen Glatzgasse und Ostbahnhof.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 353
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 30. Dezember 1936.

Anmeldung von Grundstücken bei der Landwirtschaftskammer.

Eigentümer von in Wien gelegenen land-oder forstwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzten Grundstücken, die die Bewirtschaftung der Grundstücke nicht selbst durchführen, haben mit den bei der Wiener Landwirtschaftskammer, 20., Webergasse 2, erhältlichen Formularen bis 30. Jänner 1937 verschiedene Angaben über diese Grundstücke zu machen. Sie werden darauf aufmerksam gemacht, dass die Kammer berechtigt ist, die erforderlichen Erhebungen auf Kosten des Säumigen zu pflegen, wenn ein Eigentümer dieser Verpflichtung nicht nachkommt.

Der Wandkalender 1937 der städt. Versicherungsanstalt.

Wie alljährlich hat auch für 1937 die Wiener städtische Versicherungsanstalt einen vornehm ausgestatteten Wandkalender herausgebracht, der als Bildschmuck nach einer Zeichnung von Prof. Luigi Kasimir eine Ansicht des Wiener Fürsterzbischöflichen Palais zeigt, in dem sich die neuerrichtete Stadtfiliale der Anstalt befindet.

Strassenbahnfahrpreis am Neujahrstag.

Am Neujahrstag gilt auf der Strassenbahn und Stadtbahn der Sonntagsfahrpreis. Die Frühfahrtscheine, Hin- und Rückfahrtscheine, Wochenkarten sowie der Kleinzonen- und Kurzstreckentarif haben daher keine Gültigkeit. Hingegen gelten die Sonn- und Feiertagsfahrtscheine zu 64 Groschen im Tarifgebiet I während der ganzen Betriebsdauer, nur muss die erste Fahrt bis 17 Uhr angetreten werden. Die kombinierten Sonn- und Feiertags-Rückfahrtscheine für Strassenbahn und Bundesbahn gelten während der ganzen Betriebsdauer.

Der Autobusbetrieb durch die Innere Stadt ist eingestellt. Es werden nur die Autobuslinien auf den Kahlenberg, nach Salmansdorf, zum Döblinger Friedhof von 12 Uhr 30 bis 15 Uhr 30 und die Sonntagslinie P (Hietzing - Stephansplatz - Praterstern) von 14 Uhr bis 19 Uhr 30 betrieben.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

354

Wien, am 31. Dezember 1936.

Gesetzblatt der Stadt Wien.

Das am 31. Dezember ausgegebene 24. Stück des Gesetzblattes der Stadt Wien, Jahrgang 1936, enthält das Stadtgesetz vom 16. Dezember 1936 betreffend die Verlängerung der Frist für die Befreiung von Anliegerbeiträgen bis 31. Dezember 1937.

Verpachtung der städtischen Gastwirtschaft am Pferdemarkt.

Zwecks Verpachtung der städtischen Gastwirtschaft am städtischen Pferdemarkt, 5., Siebenbrunnengasse 3, wird von der Magistratsabteilung 42 am Dienstag, den 12. Jänner, eine öffentliche Anbotsverhandlung abgehalten. Nähere Auskünfte in der genannten Abteilung, 1., Ebendorferstrasse 1, Neues Amtshaus.

Die Neujahrsgratulationen beim Bürgermeister.

Anlässlich des Jahreswechsels erschien heute vormittag Vizebürgermeister Major a. D. Lahr beim Bürgermeister, um seine Glückwünsche auszusprechen. Geführt von Magistratsdirektor Dr. Hiessmaseder machten hierauf sämtliche Leiter der Verwaltungsgruppen, die Direktoren der städtischen Unternehmungen und des Kontrollamtes dem Bürgermeister ihre Aufwartung, um ihm die Glückwünsche der Beamtenschaft anlässlich des Jahreswechsels zu übermitteln. Dann überbrachte Obersenatsrat Jiresch die Neujahrswünsche des Präsidialbüros der Stadt Wien. Zum Schlusse erschienen unter Führung des Obmannes Reg. Rat Dr. Rollett die Vorstandsmitglieder der Vereinigung der Wiener Kommunalredakteure und sprachen dem Bürgermeister die herzlichsten Neujahrswünsche im Namen sämtlicher Rathausjournalisten aus.
